

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgehaltene Kolonelle
oder deren Raum 40 Pf., für
Gerichts- und Veranlagungs-Anzeigen,

Redaktion: SW. 19, Wulff-Strasse 2.

Dienstag, den 27. April 1897.

Expedition: SW. 19, Wulff-Strasse 3

Das Ende des Kolonialhelden.

Dr. Karl Peters war seit den Reichstagsverhandlungen
vom März vorigen Jahres, in denen der Abgeordnete Webel
die von denselben im Innern Afrika's verübten Unthaten an den
Pranger stellte, ein verlorener Mann.

Am vergangenen Sonnabend ist der Mann nun auch von
Rechts wegen beschieden worden, daß er unwürdig sei, als
deutscher Beamter zu wirken. Die kaiserliche Disziplinar-Kammer
hat ihn des Dienstvergehens schuldig befunden und mit Ent-

lassung aus dem Dienste bestraft. Sie hat den Reichs-
kommissar Dr. Peters dem Kanzler von Kamerun, Leist, nach-
geschickt, sie wußte den gefeierten „Kolonialhelden“, den Ab-
gott der „nationalen“ Jugend, den Vorkämpfer für Flotten-

Peters ist aus der Beamtenklasse ausgeschlossen worden,
weil er den Neger Mabrel ohne genügende
Gründe hat hinrichten lassen und besonders weil
er unrichtige Berichte an seine vorgesetzte
Behörde abgibt hat. Dagegen hat ihn der Gerichtshof
der weiteren von der Anklage ihm vorgeworfenen Verfehlungen,
daß er drei Negerinnen unehrenhaft habe ausgespeit,
und eine davon habe hinrichten lassen, als nicht überführt
erkannt. Nicht etwa, als ob diese Thaten selbst
nicht festgestellt wären, sondern weil der Gerichtshof es für
unmöglich annahm, daß diese Handlungen durch die Verhältnisse,
in denen sich Peters mit seiner Truppe befand, geboten ge-

Dazu brachte der saubere Patron es noch fertig, diese Akte
brutalster Menschenschlächtere in die Formen einer Scheinjustiz
zu kleiden, wobei ihm untergeordnete, abhängige Personen, wie
der jegliche Zeuge v. Beckmann, der wohl verdient hätte, mit auf
der Anklagebank zu sitzen, hilfreiche Dienste leistete. Das Be-

Jedenfalls also ist der Peters abgethan. Er, der noch
vor kurzer Frist für die nationalliberale Partei
in Schwesig-Schmalldalen zum Reichstag kandidirte,
um hier für die Kolonial-„Ideale“ zu wirken, der sich eine
Audienz beim Kaiser zu verschaffen und sich bei ihm
als begeisterter Förderer der Marinepläne zu empfehlen wußte,

Peters ist ein Typus. Als vor Jahren zum ersten Mal
die von deutschen Assessoren und Reservelieutenants in Afrika
verübten Greuel bekannt wurden, da hieß es: Ein Ausnahmefall.
Das sagt jetzt niemand mehr. Schon die Masse der
Fälle, die sich in Westafrika ebenso wie in Ostafrika ab-

Herr Dr. Peters berief sich in seiner Verteidigung, da er
die ihm zur Last gelegten Thaten nicht abstreiten konnte,
darauf, daß er sich unter schwierigen Verhältnissen befunden
habe, daß er mit seiner geringen Schutztruppe schwer
gefährdet gewesen sei, daß er nur durch äußerste Strenge sich
gegenüber den feindlichen Stämmen der Neger hätte halten
können. Abgesehen davon, daß dies die ständige Ausrede der
afrikanischen Menschenkinder war, so steht doch, so weit wirk-

Der Typus Peters geht nicht nach Afrika, um dort fried-
liche Handelsbeziehungen zu fördern und Zivilisation zu
verbreiten, sondern um dort Ruhm und Herrschaft
zu gewinnen. Er geht dorthin, nicht geleitet von dem Willen,
den Neger als Menschen zu achten und mit ihm humane
Beziehungen herzustellen, sondern von dem Lustgefühl getrieben,

Endlich aber haben wir auch ein Wort über die
Kolonialpolitik zu sagen. Herr Dr. Kanfer, unter
dessen Leitung der Kolonialabtheilung sich die Peters'schen
Schandthaten ereigneten, ist ja von diesem Plage weggegangen
worden, aber er war nicht der einzige in den maßgebenden Kreisen,
dem fast alle die Dinge, welche jetzt der Prozess ausgebeutet
hat, bekannt waren. Wie ist es möglich, müssen wir heute,
wie unser Redner im vorigen Jahre schon im Reichstage,
fragen, daß man jene Dinge hat ruhig hingehen lassen?

Die deutsche Kolonialpolitik hat dem
deutschen Volke noch keine große Stunde ein-
getragen und sie wird sie ihm nicht ein-
tragen.

Der griechisch-türkische Krieg.

Parissa, das Zentrum der griechischen Operationsbasis, ist
in den Händen der Türken, in ungeordneter Flucht mit
Zurücklassung der werthvollsten Geschütze und Munitionsvorräthe,
verfolgt von türkischer Kavallerie haben die Griechen ihren Rückzug
bewerkstelligt, man giebt sich den Anschein, daß es gelingen wird, die
griechischen Truppen nochmals zu sammeln und den türkischen Ansturm

an den Bergketten, die die thessalische Ebene nach Süden abgrenzen,
aufzuhalten. Das griechische Hauptquartier ist nach Pheasalus ver-
legt. Die Griechen hoffen, durch ihre das Meer beherrschende
Flotte und durch den hinter den Erwartungen freilich hart
zurückgebliebenen Zustand in Makedonien den Türken die Nachschub-
linien abzuschneiden zu können. Aber wie im deutsch-französischen
Kriege die weitaus überlegene französische Flotte ohne jeden
Einfluß auf die Entscheidung blieb, so scheint es auch in
diesem Kriege mit der griechischen Flotte der Fall zu
sein. Man hört viel von der Absicht, gegen die Dardanellen
vorzugehen, Saloniki zu bombardiren, aber unterdessen ver-

Ein Telegramm des Kommandirenden des Epirotischen Korps an
den türkischen Kriegsminister meldet, daß in dem der vorgestrigen
Wiedereroberung des Blockhauses von Pentepighadia vorangegangenen
Kampfe der Verlust der Griechen über 300 Tode, 219 Verwundete
und 62 Gefangene betragen habe; außerdem sei viel Kriegsmaterial
verloren gegangen. Auf Seiten der Türken seien 51 Mann getödtet
und ein Offizier und 73 Mann verwundet worden. — Nach
Meldungen des österreichischen Konsulats in Janina herreitet Ahmed
Pasha einen Vormarsch von 15 Bataillonen von Janina
gegen den Feind vor.

Das Konsularkorps in Janina meldet unterm 26. und 24. d. M.:
Infolge der drohenden Haltung der vier albanesischen Bataillone,
welche gemeulert hatten und vor der Stadt stehen, ist die türkische
Bevölkerung theils in die Stadt selbst geflüchtet, theils hat die-
selbe die Stadt verlassen. Unter den Christen herrscht
große Panik; dieselben verlangen Waffen von dem Wali,
welcher deren Ausfolgung verweigert. Viele flüchten in die Kon-
sulate und verbarrikadiren sich. Die Konsulin verlangten gleichfalls
erfolglos die Ausfolgung von Waffen. Infolge des getrigen
Schrittes der Botschafter scheint sich die Situation etwas beruhigt
zu haben.

In Janina herrscht eine Panik infolge fortdauernder
Meuterei der albanesischen Bataillone. Auch das durch Austreten
der Flüsse Salamoria und Kenia verursachte Hochwasser hat
eine Panik hervorgerufen. Die Operationen gegen Pasha's
Armee sind in Stodung gerathen; die Griechen versuchen, bei Chalkis
und dem Dignygebirge den türkischen Truppen in den Rücken zu
fallen.

Aus Konstantinopel wird gemeldet:
Die Botschafter überreichten heute bei der Pforte Noten bezüglich
der Ausweisung der griechischen Unterthanen. In den Noten wird
ausgesagt, daß durch die plötzliche Abreise der Griechen sowohl die
Geschäftsverbindungen der Türken als auch die der fremden Unter-
thanen gestört werden würden. Es sei deshalb eine Verlängerung des
Terminus nöthig. Die Botschafter zeigten weiter an, daß alle
im Dienste der Botschaften, der Konsulate, der geistlichen An-
stalten u. s. w. verwendeten Griechen kontraktmäßig unter dem Schutze
der betreffenden Botschaft stehen. Schließlich wird in den Noten
verlangt, daß die Pforte auf Empfehlung der Botschaften die Aus-
weisung derjenigen Griechen unterlasse, welche bei Bahnen oder
anderen Gesellschaften bedienstet sind, die fremde Interessen ver-
treten.

Infolge eines gestern von dem serbischen Gesandten unternommenen
Schrittes ordnete der Sultan an, daß der Metropolit Ambrosius
von Ueskub vor Ostern seinen Posten zu verlassen habe. Ein Trabe
ordnet die Wahl eines serbischen Metropolitens von Ueskub
an. Durch ein zweites Trabe werden alle in den Vilajets
Ueskub, Saloniki und Monastir von serbischer Seite nachgesuchten
Schulen bewilligt. Die Serben sind durch dieses Zugeständniß sehr
befriedigt.

Das hiesige auswärtige Amt läßt folgende Mittheilung ver-
lautbaren:

Bei allen Kabinetten zeigt sich volle Einigkeit, wie früher für
die Erhaltung, so jetzt für die Wiederherstellung des Friedens
sich zu bemühen. Naturgemäß aber müßte nach den gemachten Er-
fahrungen jedem derartigen Schritt die bindende Erklärung der
griechischen Regierung vorhergehen, daß die woblernogenen Mächte
Schläge Europa's dieses Mal Beachtung finden werden.

Der „Reichs-Anzeiger“ meldet: Um den von Süden kommenden
neutralen Schiffen das Passiren von Kreta zu erleichtern, haben die
vor Kreta kommandirenden Offiziere der Großmächte folgende An-
derung der Blockadegrenzen beschlossen:

Die Nordgrenze des Blockadegebietes wird durch eine gedrochene
Linie gebildet, ausgehend von 26 Grad 30 Minuten Ost und 35 Grad
25 Minuten Nord über 25 Grad 20 Minuten Ost und 35 Grad
40 Minuten Nord, welche sich auf der Länge von Kap Spada mit
der bisherigen Grenze dem Breitengrad vor 33 Grad 48 Minuten
Nord vereinigt.

Die Ost-, West- und Südgrenzen des Blockadegebietes bleiben
dieselben wie bisher.

Politische Uebersicht.

Berlin, 26. April.

Die parlamentslose Zeit ist nun wieder zu Ende. Am
27. d. M. treten die Abgeordneten des deutschen Reichstages,
des preussischen Abgeordnetenhauses und des österreichischen
Reichsrathes zusammen, auch die übrigen Parlamente beginnen
in diesen Tagen ihre Arbeiten.

Die Tagesordnungen der morgigen Sitzungen der beiden
in Berlin tagenden Parlamente ist charakteristisch für die
Situation im Vaterlande. Im Abgeordnetenhaus
haben wir einen neuen Vorstoß der Agrarier zu gewärtigen,
unter Führung des Grafen von und zu Hoensbroech werden
sie sich wieder um ein kleines Mittel bemühen, sie werden die Auf-
hebung von Zollkrediten bei der Einfuhr von Getreide zc. fordern.
Im Reichstag handelt es sich morgen hauptsächlich um die
Nachtrags-Etat zum Reichshaushalts-Etat und um die
Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltung des
Reichsheeres. Im Nachtrags-Etat werden 45 655 538 Mark,
darunter 24 372 742 an einmaligen Ausgaben des außer-

ordentlichen Etats gefordert und zwar lediglich für Zwecke des Reichsheeres, und zwar zur Schaffung einer Reserve an Artilleriematerial, ferner eine Million zum Grundenerwerb sowie zu den Vorarbeiten für die Herstellung eines Präsidialgebäudes für den Reichstag. Die Forderung für die Artillerie wird sich in den nächsten Etatsjahren wiederholen, über die Gesamthöhe dieser Forderung dürften seitens des Kriegsministeriums wohl auch im Plenum des Reichstages Mittheilungen gemacht werden, da eine Geheimhaltung der in der Kommission gegebenen Informationen seitens der sensationslustigen Presse unmöglich gemacht wurde.

Sollte, wie angenommen wird, der Nachtragsetat keine erhebliche Debatte herbeiführen, so könnte bei der Beratung der Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete eine Kolonialdebatte entstehen. Die Petersfreunde dürften dafür freilich keine besondere Lust zeigen.

Den vorletzten Punkt der Tagesordnung bildet die erste Beratung des Entwurfs wegen anderweitiger Bemessung der Wittwen- und Waisengelder, der kaum debattelos an die Kommission verwiesen werden wird. Den Schluß der Tagesordnung bildet die zweite Lesung des Auswanderungsgesetzes. An eine Erledigung dieses Punktes in der morgigen Sitzung ist kaum zu denken.

Das österreiche Abgeordnetenhaus, das morgen auch zusammentritt, steht noch unter dem Zeichen der bei seinem Zusammentritt eingebrachten Dringlichkeitsanträge, auch der von unserer Fraktion eingebrachte über die Auflösung des Eisenbahner-Verbandes steht morgen zur Debatte.

Das Ende der parlamentarischen Session ist nicht abzusehen. Der Reichstag würde den ganzen Sommer zur Erledigung der ihm vorgelegten Regierungsentwürfe brauchen, das Abgeordnetenhaus hat, obgleich das Etatsjahr am 1. April beginnt, die zweite Lesung des Budgets noch nicht erledigt, die Vorlage des Vereinsgesetzes u. a. Regierungsentwürfe wird noch erwartet, im österreichen Parlamente soll in dieser Session die umfangreiche Ausgleichsvorlage, über die die Regierung noch uneins sein sollen, erledigt werden, die schweizerische Bundesversammlung soll endlich die Kranken- und Unfallversicherungs-Vorlage erledigen. Herr Rudini hat zahlreiche Vorlagen finanzieller und politischer Natur in Vorbereitung. Das Kabinett Meline möchte gerne den Etat für das Jahr 1898/99 noch in diesem Sommer durchberathen lassen, um freie Hand für die Festsetzung der Neuwahlen zu erhalten. Die spanischen Cortes und das englische Parlament sind gleichfalls zu Sommer-Sessionen einzuberufen, das portugiesische Parlament, dessen Wahlen eben vollzogen werden, wird reichlich Arbeit vorfinden, das gleiche gilt für die niederländischen Generalstaaten, deren zweite Kammer auf Grund eines erweiterten Wahlrechts demnächst neugewählt werden wird.

Wie man sieht, giebt es in diesem Sommer überall parlamentarische Arbeit. Erst die Hundstage werden uns die todt politische Saison bringen. Für das arbeitende Volk wird freilich bei diesem Eifer der Parlamente nicht viel herauskommen. Mehr Steuern, mehr Bedrückung, weitere Bevorzugung der bevorrechteten Klassen, Kräftigung des Militarismus wird das Ergebnis sein! —

Ein Kaiser-Telegramm. Es wird von einigen Blättern berichtet, daß der Kaiser dem Prinzen Heinrich, der sich zu den Jubiläumfeierlichkeiten nach England begeben soll, folgende Depesche zur Befehlung vor den Offizieren und Mannschaften des Kreuzers „König Wilhelm“ gefandt habe:

„Ich bedaure tief, daß ich Dir zu der Feier kein besseres Schiff als den „König Wilhelm“ zur Verfügung stellen kann, während andere Nationen mit ihren stolzen Kriegsschiffen glänzen werden. Dies ist die traurige Folge des Verhaltens jener Vaterlandslosen, welche die Anschaffung der notwendigsten Schiffe zu hintertreiben wissen. Ich werde aber nicht eher rasten, bis ich meine Marine auf dieselbe Höhe gebracht habe, auf der sich die Armee befindet. Ich erwarte von den Mannschaften des „König Wilhelm“, daß sie sich bei der Feier so betragen werden, daß sie dem deutschen Namen Ehre machen.“

Wir glauben gern, daß die ablehnende Haltung der Reichstags-Mehrheit gegenüber den weitgehenden Flottenplänen dem Kaiser nicht gefällt. Trotzdem sind wir überzeugt, daß die Depesche eine Fälschung ist und in der angegebenen Form nicht abgesandt wurde. Die Gegner des Militarismus würden sich aber auch dann nicht von ihren wohlbegründeten Ueberzeugungen abbringen lassen, wenn sie als „Vaterlandslose“ hingestellt werden. Das haben sie ja schon oft hören müssen.

Volkswirtschaftliche Irrlehren. Die Lorbeerer Eugen Richter's haben einen „hohen Verwaltungsbeamten Süddeutschlands“ keine Ruhe gelassen, bis auch er auszog, den Drachen des Sozialismus zu erschlagen. Der „Deutschen Tageszeitung“ fiel die erfreuliche Aufgabe zu, die Weisheit dieses neuen Rämpers, die noch um einige 100 Procente dünner als die Richter'sche ist, vor ihrem nicht vernünftigen Publikum als „volkswirtschaftliche Irrlehren“ zu verpuffen.

Zur Befestigung unserer Leser und zur Illustration des schönen Wortes, daß Gott, wenn er ein Amt giebt, auch Verstand giebt, seien hier einige der schönsten Blätter mitgetheilt. Der hohe Verwaltungsbeamte entdeckt, daß der „Mittelstand“ oder der „Geist des Christenthums“, man weiß manchmal nicht recht, von welchem dieser beiden schönen Dinge gerade die Rede ist, eine Nationalökonomie der Qualitäten besitzt, während Kapitalismus und Sozialismus nur eine „Nationalökonomie der Quantitäten“ kennen. Wimm-bam. Die herrschende Lehre und die Sozialdemokratie machen, so geht es dann im orakelhaften Stile weiter, im letzten Grunde den völlig gleichen Fehler: „Diese kennt nur Kapitalisten, jene nur industrielle Arbeiter; diese macht den Egoismus zum Gotte, jene die „Gesellschaft“; diese denkt: Reichtum macht glücklich, jene tödtet alle guten Eigenschaften des Fleißes und der Genügsamkeit; und schrecklich — Beide „wissen von einer Seele nichts“. Diese Wissenschaft dagegen kommt dem Mittelstande zu: „Im deutschen Mittelstande herrscht thatsächlich der christliche Geist, nicht nur bei den Bauern und in ländlichen Verhältnissen, sondern auch bei Handwerkern und Gewerbetreibenden in ungezählten deutschen Städten.“ Siehe z. B. die Schinderei der Bäckergehilfen, die vielleicht auf eine übernatürliche Behilfe der frommen christlichen Bäckermeister geheimnißvoll hindentet! Die mysteriöse „Quantitätenlehre“ wirkt auf unsern mittelalterlichen Ritter vom Geisse wie die bekannten Windmühlenspiegel auf den edlen Donquixote. Ueberall sieht er sie vor sich und reitet auf seinem klappernden Phantasus dagegen an. Diese teuflische Lehre hat unter andern auch die wackere patriarchalische Naturalwirtschaft verdrängt, die der Verfasser übrigens freudlich genug ist, nicht

allgemein und überall zur Wiedereinführung zu empfehlen, wie groß auch immer die Uebel des Kapitalismus, der bei der Kreditverleihung ruchloser Weise sich nur um die „Quantität der Sicherstellung“ aber nicht um die „Qualität des Empfängers“ (aha!) kümmert. Hier lüftet die geheimnißvolle „Quantitäts- und Qualitätenlehre“ schon ein wenig ihren metaphysischen Schleier und dieser Stoffseufzer wenigstens wird bei agrarisch-junkerlichen Lesern der „Tageszeitung“ auf treffliches Verständnis zählen können. — Zum Schluß dann wieder ein Appell an Christenthum und die Polizei, daß sie die gewissenlosen Schreier der Sozialdemokratie ebenso wie die sentimentalischen, stümperhaften Nachtreter der sozialistischen Lehre die Gewalt von Gottes und Rechts wegen spüren lassen!

Nicht alle Tage trifft man diese liebliche Mischung von Haß und stammelnder Impotenz des Denkens in solchen klassischen „Quantitäten und Qualitäten“ an. Es lohnte daher schon, dem „hohen Verwaltungsbeamten“ ein wenig Aufmerksamkeit, wie man sie seiner Stellung schuldet, zu erweisen.

Der Strafrechtslehrer v. Liszt über den dolus eventualis. Der Ausschuss des Juristentages hatte den Reichsgerichtsrath Stenglein und den Professor von Liszt beauftragt, Gutachten über die Anwendung des dolus eventualis in Strafprozessen abzugeben. Während Stenglein in dem jetzt veröffentlichten Gutachten die Rechtsprechung der Gerichte zu vertheidigen sucht, kommt Liszt zu einer anderen Ansicht. Er bemerkt u. a. über das Urtheil der Breslauer Strafkammer in der Anklagesache gegen unseren Genossen Liebknecht wegen Majestätsbeleidigung, daß, wenn die Ansicht des Breslauer Gerichts zutreffend sei, man auch in Treitschke's Urtheil über Friedrich Wilhelm IV. eine Majestätsbeleidigung erblicken könne und daß dann überhaupt kein Redner oder Schriftsteller in der Lage wäre, seine Worte so eindeutig zu wählen, daß die Gefahr eines Mißverständnisses auf Seiten einsichtiger oder böswilliger Hörer oder Leser vollständig ausgeschlossen sei. Nicht der wissenschaftliche Begriff des dolus eventualis trägt die Schuld, wenn derartige Urtheile das Rechtsbewußtsein des Volkes in seinen tiefsten Tiefen erregen und erbittern, sondern eine Rechtsprechung, der die wissenschaftliche Vertiefung fehlt. Oder kann man auch nur einen Mann von wissenschaftlichem Rang nennen, der bei den Urtheilen gegen Bading und Liebknecht zu Gewalter gestanden hätte?

Die Herren Reichsgerichtsräthe werden ja noch in die Lage kommen, zu zeigen, ob sie eine Rechtsprechung billigen, „der die wissenschaftliche Vertiefung fehlt.“

Frankreich's steigender Einfluß in Afrika. Aus Paris wird telegraphirt:

Wie die Blätter aus Algier melden, verläutet daselbst, die Häuptlinge der im Aufstand begriffenen marokkanischen Grenzstämme hätten den Generalgouverneur Cambou um das französische Protektorat gebeten.

So erweitert Frankreich am Nordrande Afrika's immer mehr seinen Einfluß. Nach Algier, Tunis, nach Tunis Marokko! Dabei strebt Frankreich immer mehr nach Süden, um die Oberherrschaft über die Sahara zu gewinnen und nur die eifersüchtige Wachsamkeit Italiens hat Frankreich gehindert, sein Hand auf Tripolis zu legen. England und Frankreich besitzen die reichsten, entwicklungsfähigsten Theile Afrika's, den Norden und den Süden des schwarzen Welttheiles. Was sie den übrigen Staaten überlassen, gewährt keine Aussichten für die Zukunft! —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Ein neuer Prozeß ist gegen den verantwortlichen Redakteur Mankowski des katholischen „Allenstein's Volksblattes“ seitens der Staatsanwaltschaft daselbst anhängig gemacht worden. Es handelt sich hierbei um drei verschiedene Artikel. Wegen eines derselben, in welchem die Duellbegnadigung behandelt wurde, lautet die Anklage auf Majestätsbeleidigung, während in den anderen Artikeln eine Anreizung zu Gewaltthatigkeiten enthalten sein soll. —

Deutsches Reich. — Der Schuß der Konfessionsarbeiter. Die leider nicht einmal das Mindestmaß des für die Konfessionsarbeiter nötigen Schutzes fordernden Vorschläge der Reichskommission für Arbeiterstatistik sollen nunmehr dem Bundesrathe zugegangen sein. Die „Rdn. Volksztg.“ schreibt in einem am heute weniger denn je verständlichen Optimismus zu dieser Meldung:

Die Beratung in Bundesrath dürfte von statten gehen, denn die Frage, um die es sich handelt, ist spruchreif; die Vernehmung der zahlreichen Konfessionsarbeiter und Arbeiterinnen aus den hauptsächlich für diesen Arbeitszweig in betracht kommenden deutschen Städten hat ein helles Licht über die Arbeitsverhältnisse in diesem Erwerbszweige verbreitet, und die arbeiterstatistische Kommission hat das gewonnene Material zur gefehrgewerblichen Verwertung sorgsam gesichtet und verarbeitet. Daraus ist dann der nun dem Bundesrathe vorliegende Entwurf hervorgegangen. Die Strömung in den maßgebenden Kreisen ist nicht günstig für ein fruchtbares Vorgehen auf sozial-politischem Gebiet, um so eindringlicher sollte daher der Reichstag seine Stimme erheben, um uns vor einer Reich und Staat gefährdenden Verschumpfung der Sozialpolitik zu bewahren, und in einem gewissen Sinne wird das der Reichstag auch dadurch thun, daß er den Entwurf alsbald in eine ernste Behandlung nimmt und aller durch die Länge der Session erklärlichen Ermüdung zum Trost noch verabschiedet, mag auch darüber der Hochsommer kommen. —

Der deutsche Innungs- und Handwerkertrat heute zu einer „gang geheimen“ Vorbesprechung zusammen; viele die sonst mitthäten, fehlten, so die Vertreter der bayerischen und Breslauer Innungsleute. Ueber den Verlauf der Vorbesprechung verläutet, daß man sich allgemein, wenn auch mit einem meinenten Auge, für die Handwerker-Vorlage der Regierung erklärt. Die Vertreter der Berliner Handwerker wollen morgen folgende Resolution vorschlagen:

Wir stehen behufs Erlangung einer für ganz Deutschland gleichmäßigen und Dauer versprechenden Organisation des Handwerks fest auf der Forderung der unbedingten Zwangsinnung nach den Beschlüssen der allgemeinen Handwerkerkonferenz vom 8.—10. September 1896 zu Berlin. Die fakultative Zwangsinnung lehnen wir sowohl in der Fassung des § 100 der Novelle zur Gewerbe-Ordnung, als auch nach dem Antrage Camp in der Gewerbe-Kommission des Reichstags, wie in jeder anderen Form als nicht nur ungeeignet ab, um dem Handwerkerstande zu verbietenden korporativen Zuständen zu verhelfen, sondern wir verurtheilen sie als geradezu dazu angethan, die Kräfte der Zwietracht in die Mitgliederkreise immer von neuem aufzustreuen, und zwar um so mehr, weil entgegengekehrt auch vom Standpunkte, nach welchem die Begriffe Handwert und Fabrik einander nicht gegensätzlich ausschließen, die Inhaber fabrikmäßiger Betriebe jederzeit sich der Zugehörigkeit zu der Zwangsorganisation entziehen können und damit der letzteren nur die kleinen und schwachen Betriebe als bestimmt zugehörig verbleiben. Deshalb richten wir an die handwerkserfindlichen Fraktionen des Reichstags das dringende Gesuch, den von den Zwangsinnungen handelnden § 160 der Vorlage gänzlich zu streichen und statt dessen die unbedingte Zwangsinnung einzuführen. Sollte es nicht gelingen, eine Majorität für die Ablehnung der fakultativen Innung im Reichstage unter gleichzeitiger Annahme der unbedingten Zwangsinnung zu finden, so empfehlen wir, die ganze Vorlage, weil eine Verschlechterung des heutigen gesetzlichen Zustandes, abzulehnen.

Die allgemeinen Vorschriften der Vorlage über die Innungen (§§ 81—99), über die Innungsausschüsse (§§ 101 und 102), über die Handwerkskammern (§§ 106 und 108 o), und über die Innungsverbände (§§ 104 und 104 n) werden gebilligt, ebenso Artikel 2 über

die Beurlingungsverhältnisse. Soweit hierzu Beschlüsse der Septemberkonferenz des Jahres 1896 vorliegen, sollen diese berücksichtigt werden.

— Die Kaiser Wilhelm-Denkmal-Debatte zu Lande kommt. In Nr. 47 des „Vieher Anzeiger“ wird in einem amtlich publizierten Interate des Herrn Landraths aufgefordert zu fest bemessenen Beiträgen für ein in Landsberg zu errichtendes Denkmal zur Erinnerung an Kaiser Wilhelm I. In einem Eingefandt wenden sich mehrere Bürger im „Vieher Anzeiger“ dagegen, sie schreiben:

„Auf schon der amtliche Charakter dieser Aufforderung befreunden, so glauben wir nicht, daß die Vieher Bürgerchaft geneigt sein sollte, sich von dritter Seite Vorschriften darüber machen zu lassen, ob und in welcher Höhe sie sich an der Errichtung eines Denkmals in Landsberg betheiligen will.“

In derselben Nummer des gleichen Blattes findet sich die folgende Anzeige wiederholt:

Bekanntmachung. Zur Erinnerung an Kaiser Wilhelm den Großen wird in Landsberg a. M. ein Denkmal errichtet werden. Ich ersuche Ew. Wohlgeboren in Ihrem Bezirk von sämtlichen Bewohnern durch die Gemeinde- und Guts-Vorsteher zur Errichtung dieses Denkmals einen Beitrag zu erbitten, welcher dem einmonatlichen Einkommenssteuersatz entspricht. Sollte ausnahmsweise der volle Betrag von einem oder dem andern nicht bewilligt werden, so hoffe ich, daß dieser Ausfall durch den größeren Beitrag der Wohlhabenderen gedeckt wird. Die Listen nebst der Summe der Beiträge bitte ich mir oder dem Regierungsdirektor Behend vor dem 1. Mai d. J. zuzustellen.

Jacobs, Landrath.
Publiziert mit dem Bemerken, daß die Beiträge in unserer Steuerklasse in Empfang genommen werden.
Viey, den 20. April 1897.

Der Gemeinde-Vorstand.

— Warum der verstorbene Justizrath Martin sein Abgeordnetes Mandat niederlegte. Die bürgerlichen Blätter, unter ihnen auch die fortschrittliche Königsberger „Hart. Ztg.“, brachten anlässlich Martin's Tod u. a. auch die Nachricht, daß Martin sein Abgeordnetes Mandat niederlegte und sich aus dem parlamentarischen Leben zurückzog, weil ein Antrag von ihm im Abgeordnetenhaus nicht Annahme fand. Die Sache verhält sich aber doch wesentlich anders. Martin legte sein Mandat nieder, weil er nicht einmal bei seinen Parteigenossen, den tapferen Fortschrittlichen, die Unterstützung für einen Antrag erhielt, welcher sich gegen die verfassungswidrige Wirthschaft der Regierung wandte und forderte, ganz so wie Bassalle in seiner Kritik der Fortschrittspartei, daß das Abgeordnetenhaus solange seine Thätigkeit einstelle, bis diese Wirthschaft aufhöre. Die „Hart. Ztg.“ schreibt selbst über diese Angelegenheit in ihrer Nr. 38 vom Jahre 1893 folgendes:

Von dem Abgeordneten für Menel-Grubefung, Herrn Rechtsanwalt Martin, geht uns nachstehende Erklärung zu:

„In meine Wähler! Ich habe heute das mir von Ihnen ertheilte Mandat niedergelegt. Wie Sie aus dem nachfolgenden, von mir an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses gerichteten Schreiben ersehen, bin ich der Ueberzeugung, daß das Abgeordnetenhaus seine Thätigkeit einstellen muß. Gegen meine Ueberzeugung kam ich mich an den Arbeiten des Hauses unmöglich länger betheiligen. Ich durfte aber das Haus nicht verlassen, ohne Ihnen Gelegenheit zu geben, für den Fall, daß Sie meine Ueberzeugung nicht theilen, sich einen anderen Vertreter zu sichern, welcher Ihre Rechte in dem forttagenden Hause wahrzunehmen hätte. Theilen Sie, meine Herren Wähler, meine Ansicht, daß unter den jetzigen Verhältnissen von einer Wahrnehmung der Rechte des Volkes im Abgeordnetenhaus bei dem besten Willen des letzteren nicht die Rede sein kann und daß der Schritt, welchen ich gethan, meiner und Ihrer würdig ist, so würde dies meine Hoffnungen auf eine bessere Zukunft und den endlichen Sieg der unverletzlichen Rechte des Volkes unendlich verstärken und mich zugleich insofern hocherfreuen, als ich dann das Band, welches uns bisher verknüpft hat, noch nicht für gelöst ansehen dürfte.“

Berlin, 7. Februar 1893. Martin.

Dazu bemerkt die „Hart. Ztg.“:

Die Mittheilung des von Herrn Martin an den Präsidenten Grabow gerichteten Schreibens vom 7. Februar müssen wir mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse und versagen. Wir erwähnen aus demselben nur, daß Herr M. seinen Austritt angeigt, weil ein von ihm beabsichtigter Antrag nicht die genügende Zahl von Unterschriften gefunden und der Präsident die Verlesung desselben auf Grund der Geschäftsordnung abgelehnt hat. Der Antrag ging dahin, das Abgeordnetenhaus möchte seine Sitzungen solange aussetzen, bis die Regierung ihre verfassungsmäßige Verpflichtung, die Verwaltung des Staates nur auf Grund eines gesetzlich festgestellten Haushalts-Etats führen zu dürfen, anerkennet, und die vom Hause verweigerten Ausgaben einstellt. Die Motivierung des Antrages kann aus den von uns erwähnten Rücksichten nicht mitgetheilt werden.“

Also war es die Feigheit der Fortschrittlichen, die Martin zur Niederlegung seines Mandats veranlaßte.

— Vom ehemaligen Kolonialdirektor Dr. Kayser, jetzigen Senatspräsidenten beim Reichsgericht, verläutet, daß er seinen Abschied aus letzterer Stellung nehmen wolle. Jetzt wird jedoch mitgetheilt, daß Dr. Kayser von seinem Urlaub zurückgekehrt sei und in den letzten Tagen an wichtigen Beratungen theilgenommen habe, die im Reichsgericht wegen der bevorstehenden Reform der Zivil-Prozessordnung stattgefunden haben. —

— Der Breslauer Innungsausschuß lehnte die Beihilgung an der in Berlin am 26. ds. stattfindenden Handwerker-Konferenz ab, bezeichnet die Veranstaltung als eine Ueberempfehlung, erklärt die Vorlage der Regierung für unannehmbar und hält fest an dem v. Verlesch'schen Entwurf. —

— Steuerpflichtiges Freibier. Der Leiter der größten westfälischen Bierbrauerei theilt der „Rdn. Ztg.“ mit, daß die Steuerbehörde von den Brauern die Angabe verlange, wie viel Freibier sie erhalten und wie hoch der Jahresgeldewerth des Freibiers ist. Das Freibier wird also von dieser hochweisen Bureaokratie als besondere Einnahmequelle angesehen. Die Brauerei-Arbeiter sind natürlich über diese fiskalische Zumuthung keineswegs erbaud und mit recht. Drollig mißhet freilich die Befürchtung des „Brauereileiters“ an, daß die Arbeiter aus diesem Grunde Sozialdemokraten werden würden. —

Kiel, 24. April. (Sig. Ber.) Selbstmord in der Armee. Zwei Soldaten des in Rendsburg garnisonirenden Theiles des Infanterieregiments Nr. 85 haben sich selbst das Leben genommen. Während einer der Unglücklichen sich in den Nordostsee-Kanal stürzte und dort seinen Tod fand, erschloß sich der andere auf dem Schießstand. Diese Selbstmorde erregen Aufsehen, zumal noch ein dritter Soldat von demselben Regiment desertirt ist. Ueber die Motive kurzweiliger allerlei dunkle Gerüchte. Man hofft, daß baldmöglichst volle Klarheit über diese Fälle geschaffen wird. —

— Staatsanwältlicher Uebereifer. Eine Beleidigung des Fürsten Bismarck hatte die Staatsanwaltschaft in Posen in einer humoristischen Zeichnung erblickt, welche sich färslich in der Beilage der „Gazeta Grandziabla“ befand. Fürst Bismarck hat es jedoch abgelehnt, gegen den verantwortlichen Redakteur dieses Blattes den Strafantrag zu stellen. Das gelegentlich einer Haussuchung beschlagnahmte diesbezügliche Klichee wurde daher der Redaktion seitens der Behörde wieder zurückgegeben.

Die kommt der Posener Staatsanwalt dazu, für eine Privatperson die Behörden in Thätigkeit zu setzen? —

— Dem früheren Ersten Bürgermeister Roll aus Onsen, der bekanntlich seines Amtes entsetzt wurde, weil er bei einer Fröhlichkeit das Spielen der deutschen Nationalhymne verbot, ist nunmehr auf seinen Antrag die Niederlassung als Rechtsanwalt beim Landgericht Bissa i. P. gestattet worden. —

Rückwärtsrevision der deutschen Gemeindeordnungen
Auch im Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt ist jetzt eine Revision des Ministeriums bekannt geworden, in der für die nächste Landtagssession eine Aenderung der Gemeindeordnung angefündigt wird. Der Schwerpunkt der neuen Vorlage dürfte in der Beschränkung des jetzt bestehenden allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts bei der Wahl der Bürgermeister und Gemeindevorsteher liegen. Alles aus Angst vor uns! —

— Die Nachwahlen zum bayerischen Landtage sollen im Juni stattfinden. —

Oesterreich.

Wien, 25. April. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht die Sprachverordnungen für Mähren, welche mit denen für Böhmen vollkommen identisch sind. —

— Der Kaiser von Oesterreich hat sich zum Besuche des Zaren nach Petersburg begeben. Die Thatsache, daß der präsumptive Thronfolger und der Minister des Auswärtigen den Kaiser begleiten, beweist, daß dieser Besuch nicht ohne politische Bedeutung ist. —

Ungarn.

— Ueber die Vorgänge in Kroatien-Slavonien erzählt man nur auf weiten Umwegen ab und zu etwas. So brachte die „Mährische Allgemeine Zeitung“ eine kurze Zuschrift aus Semlin in Slavonien, die unter allerlei Verleumdungen der Bauern Angaben bringt, die besagen, daß in den Bezirken Kulovar, Sivoce und Sid zwei Bataillone Militär zur Unterdrückung der Bauernunruhen verwendet werden, und daß Genosse Anzel aus Agram in Haft gebracht wurde. Weiter schreibt das ehrenwerthe Blatt: „Der Bewegung haben sich Serben, Kroaten, Deutsche und Magyaren angeschlossen. Selbst die Regierung scheint die Sache ernst zu nehmen, und fortwährend werden Verhaftungen in diesen Gegenden vorgenommen. In Zoparnik wurde ein Lehrer entlassen, weil er den Kindern sozialistische Lehren predigte.“

Die Wiener „Arbeiter-Ztg.“ schreibt: „Aus diesem Bericht kann man zweierlei entnehmen; erstens die Behre, wann die wüthendsten deutschen und magyarischen Chauvinisten sich nicht im mindesten um das Schicksal ihrer sonst heißgeliebten Stammesbrüder kümmern; dann nämlich, wenn diese Stammesbrüder zu den unterdrückten Volksklassen gehören; und weiter die erhebende Wahrnehmung, daß die Lehrer zum größten Theil, wie in Oesterreich, so auch in Kroatien-Slavonien für die Leiden des Volkes ein fühlendes Herz haben. Freilich begreifen sie das dort wie hier nicht selten mit dem Preis ihrer bürgerlichen Existenz.“ —

Frankreich.

Paris, 24. April. (Sig. Ver.) Mit Ausnahme der Regierungs- und Orientreise — zwei sich deckende Begriffe — stehen alle Sympathien der Öffentlichkeit nach wie vor dem Ausbruch des griechisch-türkischen Krieges auf Seiten Griechenlands. Es drängt sich aber die Beobachtung auf, daß die griechenfreundlichen Elemente an der Möglichkeit einer Wendung in der französischen Orientpolitik verzweifeln. Ein niederdrückendes Gefühl unabänderlicher nationaler Schmach weht aus allen Keuperungen der Oppositionspresse, eine resignirte Stimmung durchdringt selbst die geharnischtesten Proteste. Einen Augenblick dachte man an die Zusammenberufung der Kammer. Das ist aber hauptsächlich gegen den Willen der Regierung unmöglich, und Herr Janot, der sich unter allen Ministern des europäischen Konzerts am jämmerlichsten blamiert hatte, verspürt gar keine Lust, der Volksweltung wieder einmal ein A für ein U vorzumachen. Daß er dies weiter stracks thun kann, verheißt sich die Opposition nicht. Welchen Werth hätte aber dann eine Unterbrechung der Ferien? Und noch ein Umstand — was die Hauptsache ist — drückt auf die Stimmung der Opposition: die Masse, das Wort selbst im beschränkten Sinne der politisch denkenden Pariser Bevölkerung genommen, ist gegenüber den Vorgängen im Orient ganz gleichgültig geworden. Mit dem Reiz der Neuheit scheint für sie die Sache alles Interesse verloren zu haben. . . .

Daß die franko-russische Allianz in der Oppositionspresse wiederum auf Korn genommen wird, ist selbstverständlich. Während die salonfähigen Akademiker, Anetola France und Jules Demaire, vorsichtig, das heißt beziehungslos über die Erniedrigung Frankreichs wehklagen, das mit gekrenkten Armen dem Schauspiel der verblutenden Griechen zuschaut, schreibt der entscheidende Demokrat, Camille Pelletan: Seit Menschengebenden hat Frankreich nichts so gedemüthigt, wie die russische Allianz. Noch bezeichnender ist vielleicht, daß der monarchistische Abgeordnete und Akademiker, Melchior de Vogüé, im „Figaro“ das freilich öffentliche Geheimniß der russischen Orientpolitik Lipp und klar anzusprechen wagt. Er vergleicht geistreich die Stellung Rußlands zur Türkei mit der eines Särlners zu seinem Birnbaum: „Rußland schüttelt den Baum und sammelt die Früchte ein, sobald sie reif sind; es wacht über denselben und hält die Marodeure fern, so lange die Früchte unreif sind.“ Im übrigen klingt Vogüé's Artikel in ein Klageelied über Frankreich's Erniedrigung auf internationalen Gebiete aus.

Die Scham ist also allgemein. Wird sie aber in eine That umgeseht werden? —

— Krieg im Frieden. Aus Paris wird unter dem 23. d. M. geschrieben: In der Feuerwerkerei von Vincennes ereignete sich gestern eine Explosion, der vier Arbeiter zum Opfer fielen. Der Feuerwerker Veclercq vom 13. Artillerie-Regiment war mit 3 Mann damit beschäftigt, Fündschüre in den Minir-Rändern von Granaten anzubringen und schnitt dieselben auf ihre vorchriftsmäßige Länge zu, als plötzlich aus bisher noch unauferklärten Ursachen eine furchterliche Explosion erfolgte, welche die Baracke zum Einsturz brachte und die vier Soldaten schwer verletzte, sodas an ihrem Auskommen gezweifelt wird.

In den tunesischen Gewässern wurde das Torpedoboot 190 dienstunfähig und zwar wieder durch Verstoßen des Dampfessels wobei fünf Mann verbrüht wurden, darunter drei schwer. —

— Auflösung der Festeung Paris. Bekanntlich wird jetzt damit umgegangen, Paris zu entfestigen. Es ist bereits eine Kommission eingesetzt, die mit der Schätzung des Terrains, welches an die Stadt veräußert werden soll, betraut ist. Der Staat hat den Grund und Boden der Festungswerke auf 192 476 812 Fr. veranschlagt, während die Stadt nur 183 585 760 Fr. bezahlen will. Es handelt sich jetzt hauptsächlich darum, wie sich beide Theile über die Differenz von 88 891 000 Fr. einigen. Man hofft jedoch, daß ein Einvernehmen hergestellt werden wird. —

Italien.

— Ueber das Attentat liegen folgende Nachrichten vor: Rom, 24. April. Ein Freund Acciariti's, mit dem sich dieser am Morgen der That besprach, der sechszehnjährige Frederico Guidini wurde verhaftet. — Nach der „Opinione“ führt alles zu der Annahme hin, daß es sich um einen gemeinsamen Anschlag handle. Die Anklagekammer hat heute mit der Vernehmung der Zeugen begonnen. Der Prozeß wird vor Ende Mai stattfinden.

Rom, 24. April. (Frankf. Ztg.) Während alle anderen Zeitungen bei dem Attentat die Ereignisse eines Komplottes leugnen, bemüht sich heute der „Popolo Romano“ in spitzfindiger Schlussfolgerung zu beweisen, daß der Attentat ein Anarchist sei. Der Zweck ist durchsichtig. Auch die Crispin'sche „Nazione“ in Florenz wirft der Regierung vor, sie wolle den Attentat als geistesgestört hinstellen, um sich vor dem Parlament wegen ihrer schlechten Polizeikunst sicher zu stellen.

Rom, 25. April. Drei wegen Verdachtes der Mitschuld an dem Attentat gegen König Humbert verhaftete Personen, Peter Callabona, Pascal Veneruda und Friedrich Guidini, wurden wieder freigelassen.

England.

London, 24. April. Heute ist ein Blaubeuch über Afrika erschienen. Dasselbe veröffentlicht eine Depesche des

Staatssekretärs Chamberlain an den Gouverneur der Kapkolonie Lord Rosmead vom 6. März d. J.; darin nimmt Chamberlain bezug auf das von der Südafrikanischen Republik erlassene Fremdeneinwanderungs-Gesetz, welches einen Bruch der Londoner Konvention bedeute. Chamberlain bedauert, daß die britische Regierung trotz der wiederholten Versicherungen des Präsidenten Kruger, die Konvention zu beachten, so häufig genöthigt gewesen sei, sich über Verletzung der Konvention oder über eine Handlungsweise der Transvaal-Regierung zu beklagen, die geeignet war, zu einer Verletzung derselben zu führen. Chamberlain zählt sodann die von ihm als Verletzungen der Konvention betrachteten Thatsachen auf, darunter die, daß die Regierung der Südafrikanischen Republik es unterlassen habe, die Auslieferungsverträge mit Holland und Portugal, sowie den Beitritt zur Genfer Uebereinkunft der Genehmigung Großbritanniens zu unterbreiten. —

Das Interesse der Engländer an der Entwicklung Südafrikas erklärt sich, abgesehen von den sonstigen Gründen, aus der Entwicklung der englischen Auswanderung nach dort. Nach den Ermittlungen des englischen Handelsamtes belief sich die Zahl der englischen Auswanderer in der Zeit vom 1. Januar bis 31. August 1896, der eigentlichen Auswanderungszeit auf rund 108 400 Personen. Davon gingen 70 000 nach den Vereinigten Staaten, 9500 nach Britisch-Amerika, 5000 nach Australien und 13 200 nach dem Kap der Guten Hoffnung, sowie nach Natal. Außerdem wanderten über England noch rund 52 000 fremde Staatsangehörige aus, davon 23 000 nach Südafrika, wozu im ganzen 86 000 Personen gingen, d. i. 10 000 mehr als im Jahre 1895. —

London, 25. April. Das „Neuer'sche Bureau“ meldet, daß die in Dorchester in Garnison liegende 13. Batterie Befehl erhalten hat, sich zum Abgang nach Südafrika bereit zu halten. Nach der „Times“ sollen drei Batterien Feldartillerie in der ersten Hälfte des Mai nach Südafrika eingeschifft werden.

In England nimmt man allgemein an, daß die Regierung mit weit größerem Eifer die Entwicklung der Verhältnisse in Südafrika als den griechisch-türkischen Krieg verfolgt. In den südafrikanischen Republiken betrachtet man die Machtenthaltung Englands in der Kapkolonie und in der Gegend der Delagoa-Bay mit großer Besorgnis. Dies geht auch aus der Johannesburg-„Times“-Melbung vom 24. d. M. hervor, wonach die Errichtung von Forts um Prätoria beschleunigt wird. —

Dänemark.

— Der Verfassungskonflikt ist wieder beigelegt. In einer heute stattgehobten Sitzung der gemeinschaftlichen Finanzkommission des Reichstages erklärte der Konseilspräsident, Baron v. Reeb, Thott, er könne, wenn auch mit großen Bedenken, die Finanzvorlage der Partei der Linken annehmen. —

Schweden.

Stockholm, 25. April. Der Reichstag hat gestern die Vorlage betreffend die Reform der Reichsbank angenommen; die Reichsbank erhält danach in Zukunft ein Monopol für die Ausgabe von Banknoten. —

Rußland.

Petersburg, 25. April. Der Verweser des Ministeriums des Neupern, Graf Murawiew ist zum Minister des Neupern ernannt worden.

Das ist bloß eine Formalität; die Berufung Murawiew's wurde immer als eine definitive angesehen. —

Afrika.

— Ueber die Situation auf Madagaskar bringt die Freitag Abend aus Madagaskar eingetroffene Post die Nachricht, daß infolge der Verbannung der Königin sich eine große Anzahl eingeborener Insurgenten unterworfen haben. Nur im Süden von Madagaskar mußten noch einige Kämpfe geliefert werden, wobei die Insurgenten mehrere hundert Mann verloren. Nachträglich wird noch bekannt, daß vor einiger Zeit der Posten von Mandridara, welcher von 60 Soldaten vertheidigt wurde, angegriffen wurde. Nach eifrigem Kampfe gelang es, die Rebellen in die Flucht zu schlagen, wobei dieselben 50 Tode hatten. —

Amerika.

— Jollpolitik Kanadas. Die „Times“ melden aus Ottawa, der Premierminister von Kanada habe bei der Verathung der Jollkreiditionsvorlage mitgetheilt, daß die Behandlung als bevorzugte Nation, welche England zugesprochen werden würde, nicht für Deutschland und die anderen Nationen Geltung haben würde, die das Recht der meistbegünstigten Nation hätten. Das Mitglied der Opposition Foster erklärte diese Politik für gleichbedeutend damit, der Reichsregierung das Recht zu verfahren, Verträge abzuschließen, welche den britischen Kolonien Verpflichtungen auferlegten. —

Die Presse über den Fall Peters.

Die „Welt am Montag“ schreibt in einem kleinen Situationsbericht über die Prozeßverhandlung:

„Peters gewährte mit seinen bloßten, lächelnden Zügen einen durchaus unsympathischen Anblick. Der kundige Psychiater mußte sich sofort sagen: Diesem Manne sind solche Greuelthaten wohl zuzutrauen. Noch angeht die gewiß zu erwartenden Strafe wihelle er über die Richter und über seine Situation, und mit berechnetem Jynismus sagte er zu seiner Umgebung: „Wollen wir nicht lieber gehen? Ich habe gar kein persönliches Interesse an dem Urtheil, nur ein ideelles, um zu sehen, wie weit sich Deutschland wieder einmal blamiert!“ Er blieb aber doch bis zur Urtheilserkundung, deren vernichtender Wortlaut vom Publikum mit Schweigen aufgenommen wurde. Nach dem Schluß der Verhandlung erhob sich der Gerichtsete und schritt dem Ausgange zu. Er versuchte ein gequältes Lächeln, ein Lächeln, das sagen sollte: Was die hier beschließen, ist mir höchst gleichgültig; es wolle ihm aber nicht recht glücken, der Schweiß stand ihm auf der gerötheten Stirn. Seine Freunde, offenbar überrascht von der Schwere des Urtheils, gefelien sich schweigend zu ihm. Sein erstes Wort war: „Na, wo gehen wir denn nun hin?“ Man hatte den unangenehmen Eindruck, daß die Strafe einen Mann getroffen hatte, auf den sie nicht die geringste Wirkung ausübte, und dem das Bewußtsein von der ihm zu theil gewordenen Entehrung vollkommen abging.“

Die „National-Zeitung“ schreibt: „Nur dem Bedauern darüber wird man Ausdruck geben müssen, daß ein so erfolgreicher und verdienter Afrikaforscher, wie es Dr. Peters war, durch eigene Schuld verstrickt, der Sache der deutschen Kolonisation in Afrika für immer entzogen sein wird; zugleich wird man aber auch die Hoffnung aussprechen müssen, daß die Verurtheilung des Dr. Peters den letzten der „Kolonialstänbale“ bedeutet, die in den letzten Jahren der kolonialen Sache in Deutschland so großen Abbruch geübt haben.“

Die ultramontane „Afrische Volks-Zeitung“ sagt: „Wie stehen nun die speziellen Freunde des Peters da, die sich bis in die jüngste Zeit hinein noch immer demonstrikativ auf seine Seite gestellt haben! Dazu gehört auch die Abtheilung Berlin der Kolonialgesellschaft, wo der laubere Peters eine Rolle spielen durfte, die den Prinzen Arenberg und eine große Reihe anderer Herren zum Austritt aus jener Abtheilung veranlaßte. Alle wahren Kolonialfreunde können das Urtheil gegen Peters nur mit Freuden begrüßen; denn es kann eider Kolonialpolitik, die sich in vernünftigen Grenzen bewegt und in erster Linie Kulturaufgaben verfolgt, ebenso wie der Missionsthätigkeit nur zum Vortheil gereichen, wenn mit der Leis-Peters'schen Sorte von „Afrikanern“ gründlich aufgeräumt wird.“

In der „Zeit“ schreibt der flotten- und kolonienbegeisterte Pfarrer Raumann: „Es wird den Freunden einer deutschen Kolonialpolitik wahrhaftig schwer genug gemacht, für das größere Deutschland Stimmung zu machen. Ein Kolonialvertreter nach dem anderen bricht zusammen. Von Leist, Wehlan und Schröder ist es noch nicht still geworden, da kommt die Dienstentlassung des Dr. Karl Peters. Sie ist an sich völlig gerecht, denn sie entspricht den vor-

handenen Bestimmungen und zugleich den richtigen sittlichen Grund-sätzen, und doch hat uns seit lange kein gerechtes Urtheil so leid gethan als dieses. Dieses Urtheil ist ein Schlag für die deutsche Kolonialbewegung, an dem sie lange zu tragen haben wird. Es hilft nichts, wenn man seine Bedeutung verkleinern will, es wird uns überall hindern, wo wir für deutsche Ausdehnungspolitik eintreten.“

Im „Volk“ liest man: „Der durch Peters entstandene öffentliche Skandal kommt ausschließlich der Sozialdemokratie zu gute, den Schaden davon hat die christliche Mission und der deutsche Name. Falls wäre es aber, nun auf ihn, den Gefallenen, allen Schimpf zu häufen und in persönlichem Pharisäerthum sich zu erschöpfen. Nicht der Sänder, sondern die Sünde ist das Uebel.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ meint: „Recht muß Recht bleiben, gleichviel, um wen es sich handelt. Ob sich freilich noch Männer finden werden, die bereit sind, als Pioniere deutscher Kolonisation in die Wildniß zu gehen, wenn sie sich sagen müssen, daß man ihre Thaten ohne Rücksicht auf die Verhältnisse wägt und werthet, das ist uns höchst zweifelhaft. Der Boden am Kilimandscharo ist doch ein wenig anders als der Kspthall der Friedrichstraße. Und es wird sich wohl niemand mehr unter die blutdürstigen, niederträchtigen, unzuverlässigen Stämme wagen, die unseren Kolonien benachbart sind, wenn er beispielsweise Gefahr läuft, sich gegebenenfalls vor einem hohen Berliner Gerichtshofe darüber verantworten zu müssen, ob er bei der Tödtung eines ihn überfallenden Regers nachweisbar und unzweifelhaft im Zustande der Nothwehr war.“

Die hiesige „Volk-Zeitung“ zieht eine interessante Parallele:

„Als Nansen und sein Begleiter Johannsen mit ihren Eskimo-Hunden in Nacht und Eis vordrangen, als sie um eines wissenschaftlichen Zweckes willen ihr Leben tausend Gefahren aussetzten, da war es nöthig, daß sie um des höheren Zweckes willen und um ihr eigenes Leben zu erhalten, ihren treuen Hunden das Höchste an Leistungskraft zumutheten, und es war nicht zu vermeiden, daß sie die Hunde durch Schläge zwangen, ihr Keuperthes an Kraft herzugeben. Aber Nansen berichtet darüber in seinem Buche mit blutendem Herzen, und er gesteht in ergreifender Weise ein, daß ihm die Erinnerung an das Schicksal der Hunde zuweilen die Freude an der ganzen jahrelangen Expedition und ihren Erfolgen trüben könne. Das ist der Norweger Nansen im Verhältniß zu seinen Hunden! Damit vergleiche man, mit welcher Genauigkeit die Deutsche Dr. Peters der Grausamkeiten erwähnt, die er in Afrika an Menschen begangen hat. Könnten die armen Schwärzen in Afrika lesen, und siele ihnen Nansen's Buch in die Hände, um wie viel lieber möchten die armen Tröpfe Hunde im Dienste des humanen und bescheidenen norwegischen Gelehrten und Forschers, als Menschen in der Gewalt deutscher „Kulturträger“ und „Helden“ à la Leist, Wehlan, Schröder und Peters sein! Arme Schwärze! Arme Deutschland!“

Partei-Nachrichten.

Inr Einleitung der Kaiserer wurden am Sonntag im ganzen niederrheinischen Agitationsgebiet über 200 000 Exemplare eines Flugblattes vertheilt, worin zur Theilnahme an der Feier und zur Arbeitsruhe überall da aufgefördert wird, wo diese durchführbar ist.

In Bremen wurden am Montag 35 000 Exemplare eines die Kaiserer betreffenden Flugblattes vertheilt.

In Dorfe Ferdinandstein bei Greifenhagen in Pommern hatte es seit der 1896er Reichstagswahl ein Wirth jetzt wieder gewagt, unserer Partei sein Vokal zu einer Versammlung zu überlassen. Im letzten Augenblick sagte er zwar wieder ab, weil er den Verlust der Längerlaubnis für die Osterfeiertage fürchtete, aber der Kreisvertrauensmann Heinrich Schmidt und einige andere Parteigenossen stimmten ihn wieder um, so daß er sein Wort hielt. Die Versammlung ging nun an einem der letzten Sonntage vor sich. Vor etwa 70 Zuhörern begann der Referent Genosse Dr. Mah aus Stettin seinen Vortrag. Schon vor Beginn und während desselben hatten ungefähr zwei Duzend zwanzigjährige Burschen systematisch Lärm verursacht und als der Referent gendert hatte, verhinderten sie die Diskussion durch wüthendes Geschrei und Gejohle, so daß der Vorsitzende die Versammlung schloß, um einer Auflösung durch den Gendarm vorzubeugen. Nun ging der Lärm erst recht los. Von draußen kamen immer mehr Burschen herein. Als einer der Burschen unsern Genossen Dr. Mah mit dem Löffel bedrohte, wies der Wirth die Hauptmulkanten aus dem Lokal. Um 10 Uhr abends, als freierabend geboten wurde und nur noch die Stettiner im Lokale blieben, sammelten sich auf der Straße vor dem Wirthshause 40—50 Burschen an, die fortwährend mit großen Steinen warfen. Nach 11 Uhr wollten sich die Stettiner Genossen nach dem etwa eine Viertelstunde entfernten Bahnhof begeben, um mit dem 1/212 Uhr-Juge nach Hause zu fahren. Der unablässige Steinregen machte jedoch ein Passiren der Dorfstraße unmöglich und die Genossen mußten deshalb versuchen, auf Umwegen nach dem Bahnhof zu gelangen. Durch ein in den Baum gebrochenes Loch verließen sie das Grundstück und wanderten querfeldein. Aber schon nach wenigen Minuten waren sie von ihren Gegnern entdeckt und wurden unter lautem Hulloh und heftigen Steinwürfen verfolgt, so daß sie endlich in dem am Wege liegenden Mülterhofe Schutz suchen mußten. Die über den späten Besuch verwunderte Mülter'sfrau wurde über die Ursache bald durch den auf die Thüre gerichteten Steinregen aufgeklärt. An ein Fortkommen war nicht zu denken und so mußten die Genossen froh sein, Schutz vor ihren Angreifern gefunden zu haben. Erst um 1 Uhr marschirten die Burschen unter Gesang in das Dorf zurück.

Derartige Landfriedensbrüche gegen Sozialdemokraten sind im Deutschen Reich, wo die Gesetze gegen unsere Partei systematisch in der schärfsten Weise angewandt werden, nichts neues. Ebenso bekannt ist aber auch, daß noch überall, wo man die Landbevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegen die Sendboten des Sozialismus aufgereizt hat, nach wenig Jahren die Sozialdemokratie festen Fuß fahte. Das wird auch in Ferdinandstein so kommen, dessen Bevölkerung zumeist aus Kolonisten besteht, d. h. aus Leuten, die je ein halbes Händchen und ein paar Morgen Land ihr Eigen nennen, wogu sie etwas Gartenland pachten, und im ganzen nur von der Hand in den Mund leben.

Als Reichstagskandidat für den Wahlkreis Lichtenfels-Kronach wurde von einer Parteikonferenz der Redakteur der „Oberfränkischen Volkszeitung“, Genosse Stücklen in Hof, aufgestellt.

In Wien haben die Verleger der Tageszeitungen ihrem Seher- und Druckerpersonal auch dieses Jahr den 1. Mai gänzlich freigegeben.

Zur Kaiserer in der Schweiz. Auf Ansuchen des Baseler Staatsarbeiter-Vereins an das Bundesparlament um Freigabe des 1. Mai hat dasselbe beschlossen, den Nachmittag bei voller Böhnung freizugeben.

Zum Kroneimer Parteitag der holländischen Sozialdemokratie wird uns noch mitgetheilt, daß denselben auch ein evangelischer Geistlicher, einige Lehrer und sogar ein Soldat als Delegirte bewohnten.

Todtenliste der Partei. In Magdeburg ist Frau Anna Böller geb. Stern, eine der thätigsten Anhängerinnen unserer Partei, nach langem, schweren Leiden verstorben. Ehre ihrem Andenken!

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Daß in dem Prozeß wegen „Bekünstigung“ gegen den Verleger der Breslauer „Volkswacht“ ergangene freisprechende Urtheile des Landgerichts enthält, wie die „Volkswacht“ mittheilt, keine prinzipielle Entscheidung der Frage, ob Verleger die Geldstrafen für Redakteure bezahlen dürfen. Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung, weil der in Frage kommende Redakteur Gerhardt erklärt hatte, er habe nur deshalb ein niedriges Gehalt gehabt, weil voraussichtlich Geldstrafen während seiner redaktionellen

zähigkeit erfolgen würden. Das Gericht erklärte, derartige Verabredungen seien gesetzlich nicht unstatthaft, es liege deshalb keine Begünstigung vor.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Achtung! Handlungsgehilfen, Verkäuferinnen, Buchhalterinnen! Heute, Dienstag, den 27. April, abends 9 Uhr, spricht Frau Klara Zettin-Stuttgart in Cohn's großem Saale, Deuthstraße 20, über die Themas: Ist der kaufmännische Hilfsverein für weibliche Angestellte geeignet, die Lage der Verkäuferinnen zu verbessern? Welchen Charakter muß die Organisation tragen, die die Interessen der Handlungsgehilfen wirksam vertritt? Alle Handlungsgehilfen sollten es für ihre Pflicht erachten, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Einberuferin.

Achtung, Parteilobener! Der für unser Geschäft sich wahrscheinlich sehr günstig gestaltenden Konjunktur halber versuchen einzelne Geschäfte, welche unseren Lohn nicht bezahlen, schon jetzt die Kollegen zu verpflichten, die volle Bezahlung unseres Lohns für diese Saison nicht zu fordern. Beispielsweise stellt der Chef der Firma G. u. K. Mittag, Charlottenburg, dieses Ansuchen an die Kollegen. Derselbe erklärte, er habe schon neun Bauten zu ermäßigten Preisen abgeschlossen und würde lieber den Bauherren 20 Pf. Kneugeld!!! pro Quadratmeter zahlen und die übernommene Arbeit nicht ausführen, als seinen Arbeitern den Tarif bezahlen. Wir ersuchen nun die Kollegen, auf derartige Praktiken nicht hineinzufallen und sich den Arbeitslohn von der Firma Mittag nicht beschneiden zu lassen. Will die Firma mit ihren Leuten Frieden haben, so mag der Chef sein im Juni 1896 gegebenes Wort halten und den Bodenlegern den Tarif bezahlen. Die Kommission.

An die Holzarbeiter! Kollegen! Wie Euch bekannt, ist beschlossen worden, daß überall da, wo es ohne wirtschaftlichen Schaden möglich ist, die Arbeit am 1. Mai zu ruhen hat. Um aber den Tag würdig zu begehen, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, auch die für unsere Gruppe nach der „Neuen Welt“ einberufene Versammlung zu besuchen. Nur dadurch ist es möglich, eine Uebersticht über die Zahl der Feiern zu erlangen. Vor allem ist es notwendig, eine Einigung unter den Kollegen in den einzelnen Werkstätten herbeizuführen. Der Vertrauensmann.

Die Barbier-, Friseur- und Perrückenmachergehilfen besprechen in ihrer letzten Versammlung eingehend die Frage der Preiserhöhung für Rasiren etc. Am 6. Mai halten die Gehilfen fünf öffentliche Versammlungen ab mit der Tagesordnung: Die Preiserhöhung der Selbständigen und die Lohn-erhöhung der Gehilfen.

Für die Maler und Berufsangehörigen findet am 1. Mai die Branchenversammlung morgens 10 Uhr bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75, statt. Trotzdem in diesem Jahre der 1. Mai auf den Sonntag fällt, erwarten wir, daß die Beteiligung eine ebenso große werde, als im Vorjahre. Es dürfte sich empfehlen, daß die Kollegen jeder einzelnen Werkstätte schon jetzt mit ihren Arbeitgebern eine Verständigung herbeizuführen suchen.

Laut Beschluß der letzten Versammlung werden die Restanten von der vorjährigen Lohnbewegung hierdurch ausgedrückt, bis spätestens den 1. Juni d. J. abzurechnen, widrigenfalls dieselben unwiderrücklich veröffentlicht werden. J. A.: Der Vertrauensmann.

Die Hausdiener, Bader und Antscher werden nochmals auf die morgen, Mittwoch, den 28. April, abends 9 Uhr, bei Ewald, Schönleinstr. 6, stattfindende Versammlung des Verbandes aller im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeitern Berlins aufmerksam gemacht. Vortrag des Genossen Ewald über: Der Werth der Verkürzung der Arbeitszeit. Der Vorstand.

Deutsches Reich.

Die deutschen Holzarbeiter stehen gegenwärtig in 17 Orten im Streik, und in circa 25 Orten kann es jeden Tag zum Ausstand kommen. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ erwähnt deshalb die Fachgenossen, mit neuen Lohnbewegungen solange inne zu halten, bis die bereits begonnenen, zum Theil sehr umfangreichen Kämpfe, wenigstens nahezu entschieden sind. Wohin solle es führen, wenn alle Orte zugleich dringend vor Zugzug warnen, und alle um moralische und materielle Unterstützung nachsuchen. Uebrigens eine Mahnung, die nicht bloß für die Holzarbeiter ihre Bedeutung hat.

An den Kongreß der lokalorganisirten Arbeiter, der am 17. Mai in Halle tagte, wird, wie der „Bauhandwerker“ mittheilt, von Vertrauensmännern der Bauhandwerker folgender Antrag gerichtet werden:

1. Eine Zentral-Kommission von 3 oder 5 Personen wird in Berlin eingesetzt, die den Auftrag hat, für eine planmäßige Agitation unter den lokalorganisirten oder nach dem Vertrauensmännersystem zentralisirten Gewerkschaften Deutschlands zu sorgen, auch die Interessen dieser Organisationen nach außen und durch die Presse zu verbreiten.

2. Für Aufbringen der Mittel für diese Kommission haben die lokalen Organisationen in geeigneter Art zu sorgen im Uebereinstimmen mit der Kommission.

3. Die noch nicht zentralisirten lokalen Organisationen sollen erinnert werden, sich Vertrauensmänner-Zentralisationen zu schaffen.

4. Der Kongreß proklamiert die unbedingte Solidarität der lokalorganisirten Arbeiter mit allen Arbeitern ohne Rücksicht auf Organisationsform oder politische Anschauung, soweit sie auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Die Ausstände der Arbeiter werden sie diesem Grundsatz gemäß nach besten Kräften unterstützen.

5. Wanderunterstützung wird allen den reisenden Arbeitern gezahlt, welche irgend einer Organisation angehören, die mit den lokalorganisirten Gewerkschaften sich zur Gegenseitigkeit verpflichtet hat. Die lokalorganisirten Gewerkschaften, die auf dem Halle Kongreß vertreten sind, leisten sich diese Gegenseitigkeit. Höhe der Unterstützung und sonstige Bedingungen für die Auszahlung u. s. w. bestimmt jeder Ort selbst.

6. Es soll eine Broschüre aufgearbeitet und verbreitet werden, die das Wesen und die Form der lokalen Organisationen und der Vertrauensmänner-Zentralisation gemeinverständlich dargestellt und die erforderlichen Anweisungen zur Bildung solcher Organisationen giebt.

7. Eine Schlicht- und Entscheidungs-Kommission, aus fünf Personen bestehend, die möglichst verschiedenen Berufen angehören und in 5 verschiedenen Orten wohnen, wird eingesetzt, um in letzter Instanz in allen Streitigkeiten zu entscheiden, welche die Organisation oder die in ihr thätigen Personen betreffen und deren Erledigung in anderer, näher liegender Art nicht gelungen ist. Sie entwirft ihre Geschäftsordnung selbst und tritt nur auf Berufung durch ihren Vorsitzenden nach Bedarf zusammen.

Der Verband der Hasearbeiter Deutschlands hält am 4. Juli und folgende Tage in Hamburg eine außerordentliche Generalversammlung ab.

Die Zimmerer in Lübben hatten Verkürzung der Arbeitszeit und einen Mindest-Stundenlohn von 30 Pf. gefordert. Da keiner der sechs Unternehmer innerhalb der gestellten Frist eine bindende Erklärung abgab, legten am Montag sämtliche Zimmerer die Arbeit nieder. Sie bitten die Fachgenossen, den Zugzug fernzuhalten.

60 Töpfer legten am 24. April in Ruzkau die Arbeit nieder, da die von ihnen beantragte Lohnherabsetzung von den Unternehmern verweigert wurde. Die Ausständigen sind Scheibenarbeiter, die das irdene Geschirr verfertigen. Die Töpfer dieser Branche werden ersucht, den Zugzug streng fernzuhalten.

Ueber den Tischlerstreik in Cottin wird uns folgendes Näheres mitgetheilt: Eine Holzarbeiter-Versammlung am 13. April,

die von ca. 700 Personen besucht war, beschloß mit 413 gegen 46 Stimmen für die Tischler und die an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter den Generalstreik, nachdem die Tischlerinnung zweimal folgende Forderungen abgelehnt hatte: Anerkennung des von der Innung schon im Jahre 1890 bewilligten Tarifs, Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden täglich (bisher 10 Stunden), Einführung eines Minimallohnes von 18 M. wöchentlich und 35 Pf. Lohnzuschlag für Ueberstunden. Diesen Forderungen, die vom Verband der Holzarbeiter gestellt waren, schlossen sich an die Gewerkschaftler, der von den Meistern selbst ernannte Gesellen-Ausschuß und die Drechsler. Am 24. April befanden sich 309 Mann im Streik. Davon sind 161 Verheirathete (mit 242 Kindern unter 14 Jahren) und 148 Ledige. Abgereist sind circa 70 Mann. Also insgesammt 379 Streikende. Im Laufe dieser Woche kommen noch 80—90 hinzu, deren Kündigungsfrist dann abgelaufen ist oder die ihren Alford fertiggestellt haben. Ausgenommen vom Streik sind die Schiffswerfte des „Balkan“ in Dredow, die Oberwerke in Grabow und die Nähmaschinen-Fabrik von Stöwer, Aktiengesellschaft; ferner die mit Dampftrieb arbeitende große Tischlerei von Hubow u. Walter, welche die gestellten Forderungen bewilligt und sich dem Streik-Komitee schriftlich verpflichtet hat, für andere Meister weder Arbeiten anzufertigen noch auf ihren Maschinen für diese zu arbeiten. — Würde der Streik ein partieller sein, dann wären ca. 15 Meister bereit, die Forderungen zu bewilligen. Die Innung dagegen sieht noch auf dem hohen Pferd und lehnt jede Forderung rundweg ab.

Die Seelente Flensburgs haben eine Gewerkschaft gegründet. Daß sie im Streik stehen, berichteten wir schon. Sie fordern Erhöhung der Monatssteuer auf 35 M.

Der Steinseherstreik in Hamburg ist auf der Grundlage beigestellt, daß der Stundenlohn für Steinseher von 48 auf 50 Pf. und der für Hammer von 42 auf 44 Pf. erhöht wird, ferner dürfen keine Maßregelungen vorgenommen werden.

Ueber den Schuhmacherstreik in Bremen wurde unserem dortigen Partei-Organ mitgetheilt: „Nachdem in zwei Sitzungen des Einigungsamtes des Gewerbegerichts über sämtliche übrigen Streitpunkte eine Einigung erzielt war, traten die Vertreter der Meister und Gehilfen unter sich zusammen, um den Tarif für die in Stücklohn anzufertigenden Arbeiten zu vereinbaren, jedoch ohne Erfolg. Am 22. und 23. April haben die beiderseitigen Vertreter auf Einladung des Vorsitzenden des Gewerbegerichts mit diesem und dem als Sachverständigen zugezogenen Herrn Christian Kolemeyer von neuem über den Tarif verhandelt und eine vollständige Uebereinstimmung über alle einzelnen Tariffälle erzielt. Somit sind jetzt zwischen den beiderseitigen Vertretern alle Streitpunkte geschlichtet. Wenn, wie fest zu hoffen, die auf Sonntag, den 25. d. M., einzuberufenden Versammlungen beider Theile der Vereinbarung zustimmen, ist der Streik beendet, und es ist zu hoffen, daß am Montag, den 26., die Arbeit wieder aufgenommen wird.“ (Siehe Telegramme.)

Der Biegler-Ausstand in Odenkirchen ist, nach Angabe der „Köln. Ztg.“, beendet. Es scheint zu einem Vergleich gekommen zu sein.

In Offenbach brachte unser Genosse, Reichstags-Abgeordneter Ulrich den Schuhmacherstreik in der Stadtverordnetenversammlung zur Sprache. Er beantragte, daß der Vorsitzende des Gewerbegerichts in Gemeinschaft mit dem Oberbürgermeister nochmals eine Einigung versuchen solle. Das Kollegium nahm den Antrag an. Bemerkenswert ist noch, daß der Stadtverordnete von Brentano gegenüber den Anwesenden anderer Herren erklärte, die Arbeiter seien gerade so berechtigt, gemeinsam zu streiken, wie die Fabrikanten Ringe zu schließen und gegen die Arbeiter Stellung nehmen.

In Crimmitschau haben nunmehr in drei Fabriken die Weber und Weberinnen wegen Lohnherabsetzung die Arbeit niedergelegt. Weitere Streiks aus gleicher Ursache stehen bevor. Zugzug ist streng fernzuhalten.

Ausland.

Aus der Schweiz. Der Kongreß der schweizerischen Metallarbeiter, der zu Oern in Basel tagte, beschloß, sobald die Mitgliederzahl des Verbandes auf 5000 geliegen, einen ständigen Sekretär anzustellen, und zwar wenn möglich, schon am 1. Januar 1898. Für Einführung des Neunstundentages, sowie Freigabe des Sonntags Nachmittags soll eine lebhafteste Agitation entfaltet und mit dem Verband der schweizerischen Maschinenindustriellen in Verbindung getreten werden. Als Vorort wurde Zürich wiedergewählt. — Die Delegirtenversammlung der Lithographen in Bern beschloß, baldmöglichst ein französisch geschriebenes Arbeiterblatt für die weichen Mitglieder obligatorisch zu erklären. Als Vorort ist Bern wiedergewählt. — In Bern haben bis jetzt 18 Malermeister für 100 Gehilfen die Forderungen bewilligt. Den übrigen Meistern ist nunmehr freigestellt, sich direkt mit ihren Arbeitern zu verständigen. Ein von den Meistern den Streikenden vorgelegter Tarif sammt Reglement wurde mit circa 200 gegen 2 Stimmen abgelehnt. — In Rorschach und Kliffatten bei Zürich streikten die Gesellen der Firma Borner u. Cie.

In Trantau in Böhmen ist ein großer Flachspinnereistreik ausgebrochen. Man weiß, wie schofel gerade die böhmischen Fabrikanten ihre Personale bezahlen und behandeln. Es kann daher nicht wunder nehmen, daß in dem von der Natur so verschwenderisch ausgestatteten Böhmerlande wieder einmal ein Pflanzstreik von Arbeitern ausgebrochen ist, die in diesem segensreichen Lande unter den elendesten Bedingungen leben müssen. Eine Wolffsche Depesche beziffert die Zahl der Streikenden auf 4350. Die biederere fiskalische Bureaucratie hat schleunigst ein Bataillon Infanterie nach Trantau verlegt, was natürlich die Erbitterung der Arbeiter nur steigern konnte.

Soziales.

Aus Anlaß der jüngsten Grubenunfälle, so wird aus Deutchen gemeldet, findet gegenwärtig eine Generalbefahrung aller Gruben, sowohl der fiskalischen wie der privaten, statt. Sie geschieht durch eine Ministerialkommission aus Berlin und den Bergbaupräsidenten Pinno aus Breslau.

Wir wollen hoffen, daß diese Untersuchung der Gruben wenigstens einige Verbesserungen der Schachtwärterverhältnisse im Gefolge hat. Aber unsere Hoffnung ist sehr schwach. Denn die Macht der Grubenbesitzer ist größer als die Macht der Bureaucratie. Ohne die dauernde Kontrolle der Bergarbeiter selbst kann auf Verbesserung sicherer Betriebsverhältnisse nicht gerechnet werden.

Abschaffung der Nacharbeit in holländischen Bäckergewerbe. Die drei größten Kooperativ-Bäckerbetriebe in Haag haben eingehender Untersuchung der Frage der Nacharbeit im Bäckergewerbe beschlossen: 1. vom 1. Juni l. J. an die Nacharbeit in ihren Betrieben gänzlich einzustellen, 2. sämtliche Bäder des Landes aufzufordern, diesem Beispiele zu folgen, indem die Gesellschaften sich gleichzeitig bereit erklären, Auskunft darüber zu geben, wie die Nacharbeit ohne Schädigung des Betriebes vermieden werden kann.

Geriichts-Beitrag.

Ein wunderliches Urtheil. In einzelnen großen Pariser und Berliner Geschäften wird im Sommer den Kunden ein erfrischender Trunk Wassers mit einem Fruchtstück zur Verfügung gestellt. In Potsdam hatte, wie die „Vossische Zeitung“ schreibt, umgekehrt eine Firma Landbündinnen an kalten Perls- und Wintertrank regelmäßig mit einer Tasse warmen Kaffees aufbewahrt, im Sommer nur auf ausdrücklichen Wunsch den Betroffenen, was sehr selten eintrat. Die Darbietung erfolgte selbstverständlich „unentgeltlich“. Infolge einer Denunziation wurde der Geschäftsinhaber vor dem Schöffengericht in Potsdam wegen Uebertretung der § 38, 147 der Gewerbe-Ordnung angeklagt, jedoch freigesprochen.

Auf die Berufung des Amtsanwalts verurtheilt am Sonnabend die Strafkammer des dortigen kgl. Landgerichts den Geschäftsinhaber wegen Uebertretung des angezogenen § 33 zu 100 M. Strafe. Danach ist das gelegentliche unentgeltliche Verabreichen des Kaffees ein der Schankkonzession und der damit verbundenen Steuerpflicht zu unterwerfendes Gewerbe. Jetzt wird das Kammergericht in der Angelegenheit das letzte Wort sprechen.

Ein Eideshelfer der Ordnungsparteien. Unser Bruder-Genosse in Halle a. S. schreibt in seiner Nummer vom Sonntag: Hesselbarth! Wer erinnert sich nicht dieses Mannes, der bei der letzten Haupt-Reichstags-Wahl in dem Kreise der reaktionären „Ordnungspartei“ eine so bedeutende Rolle gespielt hat! Dem ist der Name dieses Mannes aus dem Gedächtnisse verschwunden, der lähn und frech vor der Wahl behauptet hatte, unser Reichstags-Kandidat, Genosse Kunert, sei wegen Sittlichkeitsverbrechen mit Zuchthaus bestraft! Und wer erinnert sich nicht, daß dieser Ehrenmann nach der Wahl wegen Verleumdung des Genossen Kunert zu 100 M. Geldstrafe verurtheilt wurde? Er galt als ehrenwerth und war als ehrenwerth bekannt; als Agitator für Thron und Altar setzte er seine Verdächtigungen gegen den Genossen Kunert ins Werk. Und daß er mit solcher Protektion wenigstens aufzuscheiden wußte, geht daraus hervor, daß er in einigen hiesigen Restaurants die Nähr erzählt hat, — worüber sich Beweis erbringen läßt — er habe die 100 M. Strafe, die er wegen der Verleumdung des Genossen Kunert zubilligt bekommen hat, vom Landrath v. Werder ersetzt erhalten. In heutiger Schöffengericht-Sitzung hatte man nun Gelegenheit, diese agitatorische Kraft der Ordnungsmänner, die ja auf den Ausschlag der Hauptwahl 1893 nicht ohne Einfluß gewesen ist, näher kennen zu lernen. Dieser Hesselbarth ist ein Mann, der wegen Betrug in wiederholtem Rückfalle mit einem Jahr Zuchthaus, wegen anderer Delikte mit einem Jahr Gefängniß, vier Monaten Gefängniß u. s. w. bestraft ist. Seine dunklen Ehrenflecke haben ihn damals jedenfalls dazu verleitet, dem Genossen Kunert „so etwas“ anzuhängen. Zur Zeit wurde er als Agent betitelt, während er heute als Lohnknecht Friedrich Karl Hesselbarth, geb. in Raumburg am 25. Oktober 1848 mit den nöthigen Vorstrafen gefeiert wurde. Daß ihm heute zur Last gelegt wurde, spielt demgegenüber, was er früher gethan, keine große Rolle. Er wurde der Verleumdung mit Todtschlag, der Körperverletzung und der Verleumdung beschuldigt, weil er am Abend des 18. Januar d. J. die Verkäuferin Ottilie Beder und den Kaufmann Berthold Schiele bedroht und beleidigt und den Schiele außerdem mit der flachen Hand ins Gesicht geschlagen hatte. Jener Herr wie auch die Dame bemohnten bei dem Angeklagten möblirte Zimmer, hatten aber sonst mit einander nichts zu thun. Hesselbarth als Mann von Ordnung, Moral und guter Sitte gewahrte aber am Abend des erwähnten Tages gegen 9 Uhr, wie Herr Schiele und Fräulein Beder gemeinschaftlich die Treppe heraufkamen und bildete sich insolge dessen ein, seine Miether psiegen intimen Verkehr mit einander. Als Zugschwärter war ihm ja das nicht so schwer anzurechnen; sein moralisches Gefühl riß ihn aber dazu hin, die Verkäuferin Fräulein Ottilie Beder und Herrn Schiele in gemeinster Weise zu beschimpfen, wobei er auch unter anderem die Drohung ausstieß: „Ich schlage Euch alle beide todt.“ Zu Fräulein Beder hatte er u. a. noch die Aeußerung gethan: „Sie kriegen zwei Jahre Zuchthaus“ und Herrn Schiele hatte er ein paar Schläge mit der Hand in das Gesicht vertheilt. Daß sich die beiden Miether in solcher Weise von ihrem „Hauswirth“ behandeln ließen und auf das Betragen desselben nicht gleich eine schlagende Antwort gaben, erscheint mehr wie unständig. Fräulein Beder bekundete eidlich, mit Kaufmann Schiele keinen Verkehr gehabt zu haben, und Zeuge Schiele wegen alzu weiter Entfernung vom Geschehen zur heutigen Verhandlung entbunden, bestätigte dieses durch seine protokoliarische Aussage. Beide Zeugen hatten sich am genannten Abend nur zufällig auf der Treppe getroffen. Der Angeklagte versuchte sich als Unschuldigen hinzustellen, hatte damit aber keinen Erfolg. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die vielen Vorstrafen des Angeklagten 1 Monat Gefängniß; der Gerichtshof erkannte auf zwei Wochen solcher Strafe.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Nach viermonatiger Untersuchungshaft wieder freigelassen sind am Montag die beiden Berliner Anarchisten **Leinert** und **Quarter**, die am 16. Dezember v. J. unter dem Verdachte, an der bekannten Kopenhagener Sparmarkenfälschung theilhaftig zu sein, verhaftet wurden.

Hamburg, 26. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“). Aus Bremen wird berichtet, daß der dreiwöchentliche Schuhmacherstreik heute beendet wurde. Die Innungsmeister bewilligten Stücklohnherabsetzung, zehnstündige Arbeitszeit und Logis außer dem Hause.

Hannover, 26. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“). Die Maschine des Zuges 489 lief in der Station Solltau beim Wasser-einnehmen auf zwei Güterwagen, wobei der Lokomotivführer und Heizer schwere Verletzungen davon trugen.

Kiel, 26. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“). Heute Abend findet eine Sitzung des Einigungsamtes des Gewerbegerichts im Tischlerstreik statt. Die Oeffentlichkeit und die Presse sind auf Verlangen der Meister ausgeschlossen.

Leipzig, 26. April. (B. G.) Das Reichsgericht hat das Todesurtheil, welches das hiesige Schwurgericht in dem Mordprozeß Schula über die Ehefrau des Ermordeten, Schula, sowie über ihre Helfer Santer und Schmitz verhängt hatte, aufgehoben. Der vierte in derselben Sache zum Tode verurtheilte Mordgenosse Graadt hatte keine Revision eingelegt.

Frankfurt a. M., 26. April. (B. G.) Aus Sofia wird der „Frankf. Ztg.“ telegraphirt: Morgen findet hier ein großes Meeting zu Gunsten der Brüder in Makedonien statt. Man sieht hierin ein Wiedererwachen der makedonischen Bewegung, das mit der Ausfregung über die türkischen Erfolge zusammenhängt.

Auffig, 26. April. (B. Z. S.) Ueber den Wassereintrich im Gifela-Schachte der Brüder Bergbau-Gesellschaft in Ofseg wird gemeldet, daß das Wasser 30 Meter mit ziemlicher Mächtigkeit in der Richtung nach Norden bis zum Fallort fließt. Am Kopf der Treppe wurden Dämmungsarbeiten vorgenommen. Mit Ausnahme des Gifela-Schachtes sind sämtliche Werke der Gesellschaft in Ofseg in Betrieb. Der Wassereintrich ist auf den Gifela-Schacht beschränkt, die Einbruchstelle liegt wesentlich höher als die Zepflicher Thermo. Da außerdem das Einbruchwasser nur eine Temperatur von 14 Graden hat, ist es fast ausgeschlossen, daß es sich bei dem Einbruch um Thermalwasser handelt. Man hofft, die Eindämmung ohne jeden Schaden für die Gesellschaft durchführen zu können und hegt überhaupt keine Befürchtungen. Die Förderung aus dem Gifela-Schachte soll bis zur Entpumpung des Schachtes, also etwa 8—10 Tage, unterbrochen werden. Selbst wenn diese Arbeit längere Zeit in Anspruch nehmen sollte, wird die gesammte Kohlenproduktion durch Steigerung der Förderung auf den übrigen Schächten ausgeglichen werden.

Dull, 26. April. (B. Z. S.) Die deutsche Fischerbark „Mitter“ ist hier eingetroffen und lösch ungehindert ihre Ladung an Fischen.

Konstantinopel, 26. April. (Meldung des Wiener Telegraphen-Korrespondenzbureaus.) Eine Depesche Ebdem Palchas an das Kriegsministerium vom gestrigen Tage meldet, daß vor Larissa sechs Zwölft-Zentimeter-Geschütze und zwei Gebirgsgeschütze genommen wurden. Zwei direkte Ambulanz-Trains zu 10 Waggons mit 80 Betten werden direkt zwischen Karajeria und Konstantinopel verkehren.

Ranea, 26. April. (B. Z. S.) Die Kreuzer „Traube“ und „Sardegna“ sind nach Saloniki abgegangen.

Verona, 26. April. (Meldung des Wiener Telegraphen-Korrespondenzbureaus.) Heute wurde über den Leutnant Gios, welcher angeklagt ist, die Königin Viktoria beschimpft zu haben, das Urtheil gefällt. Der Angeklagte wurde freigesprochen, weil die Zeugenaussagen sich widersprachen.

New-York, 26. April. (B. Z. S.) Der Vizepräsident des Zucker-Trakts, Theodor A. Havemayer, ist gestorben.

An die Gewerkschaften und Arbeiter Berlins!

Genossen! Der 1. Mai, der Weltfeiertag der klassenbewußten arbeitenden Bevölkerung aller Kulturländer, steht bevor und wird von den Arbeitern, welche die Aufgaben der Arbeiterklasse begriffen haben, allerorts in imposanter Weise gefeiert werden. Die Zahl derer, die den Gedanken der Verbrüderung des arbeitenden und leidenden Proletariats, sowie der Anbahnung des allgemeinen Weltfriedens durch Arbeitstruhe zum Ausdruck bringen werden, hat sich auch in diesem Jahre allgemein bedeutend vermehrt, und auch die Berliner Gewerkschaften haben durch Versammlungsbeschlüsse bekundet, daß sie am 1. Mai zum großen Theil Arbeitsruhe eintreten lassen werden, um so mehr, da der, wenn auch vielleicht nur vorübergehend, sich fühlbar machende wirtschaftliche Aufschwung diese Absicht begünstigt. Trotz des denunziatorischen Verhaltens der Unternehmerpresse und des Unternehmertums in größerem Umfange denn je wird sich die Berliner Arbeiterschaft in ihrem Bestreben, den 1. Mai in gewohnter würdiger Weise festlich zu begehen, nicht beirren lassen, und zwar wird sie ihn, wo irgend möglich, durch Arbeitsruhe feiern! Wir bringen noch die Resolution in Erinnerung, die hierüber in der öffentlichen Versammlung der Berliner Gewerkschafts-Kommission einstimmig von sämtlichen Gewerkschafts-Delegirten angenommen wurde. Dieselbe lautet:

„Gemäß den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse in Paris, Brüssel, Zürich, London und des Parteitag in Gotha vom Jahre 1896 empfiehlt die Gewerkschafts-Kommission den Berliner Gewerkschaften, den 1. Mai insgesamt als Demonstration für die Klassenforderungen des Proletariats zu feiern. Als würdigste Form der Feier betrachtet die Versammlung die Arbeitsruhe; sie empfiehlt daher denjenigen Gewerkschaften, die neben anderen Kundgebungen den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern können, an diesem Tage die Arbeit ruhen zu lassen.“

Genossen! Seht diesen Beschluß in die That um!

Es ist wohl kaum erforderlich, noch besonders zu betonen, daß die Berliner Arbeiter die von den Gewerkschaften einberufenen Vormittags-Versammlungen besuchen. Das Unternehmertum hat, ohne sich zu schädigen, seine Betriebe am vorigen Sabbat und bei der Pentecostfeier ein, auch zwei Tage stillsetzen lassen, außerdem dabel größtentheils den Arbeitern diese ihnen aufgewungenen Feiertage nicht entschädigt. Es fällt also der Einwand der Unternehmer, daß durch eintägiges Ruhenlassen der Arbeit ohne Bezahlung sie geschädigt würden; es ist daher Sache des Proletariats und der Arbeit, aus eigenem Herzenstriebe den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern.

Die Berliner Gewerkschafts-Kommission.

Kommunales.

Die für das Steuerjahr 1897/98 festgestellten Staatssteuerlisten zur Veranlagung von Personen mit Einkommen von mehr als 600 Mark bis einschließlich 900 Mark zur Gemeinde-Einkommensteuer werden in der Zeit vom 27. April bis einschließlich 10. Mai d. J., täglich vormittags von 9 Uhr bis nachmittags 1 Uhr, bei der städtischen Steuer-Deputation, Spandauerstr. 16/17, III, ausgelegt. Einsprüche sind bis zum 7. Juni d. J. zu erheben.

Lokales.

Einem braven Genossen hat die Partei durch den am Sonntag Mittag erfolgten Tode des Schuhmachers Heinrich Sperber aus der Kreuzigerstraße 9 in Friedrichsberg verloren. Sperber hat namentlich unter dem Sozialistengesetz mit opferwilliger Muth seine Parteipflichten erfüllt und wurde im Jahre 1888 im Proceß Karl-Luis v. Gen. zu der selbst in damaliger Zeit harten Gefängnisstrafe von zwei Jahren verurtheilt, die er in Wilmersdorf verbüßte. Hier mag der bis dahin kerngesunde Genosse sich auch den Keim zur Schwindsucht geholt haben, an der er vorgehen nach langen, qualvollen Leiden im Alter von 88 Jahren gestorben ist. Vor allem ehren die Parteigenossen des vierten Wahlkreises (Osten) in Sperber einen Mann, dessen Ausdauer und Pflichtbewußtsein im Kampfe um die Befreiung der jüngeren Generation zum Muster dienen kann.

Die Beerdigung unseres verstorbenen Vorkämpfers findet am Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, vom Sterbehause aus nach dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde statt. Die Parteigenossen werden ihm ein zahlreiches Ehrengelicht geben.

Zur Lokalliste. Die Mitglieder der Lokalkommissionen werden aufgefordert, die Lokalliste ihrer Orte oder Kreise umgehend an mich einzusenden. Ich weise ausdrücklich darauf hin, daß nur diejenigen Orte bekannt gegeben werden können, aus denen mit rechtzeitig die Listen zugesandt worden sind. Da von jezt ab allmonatlich eine Lokalliste herausgegeben wird, so werden in der Zwischenzeit Neuanmeldungen von Lokalen nicht veröffentlicht. Ferner mache ich noch im Anschluß an die kürzlich an dieser Stelle erfolgte Bekanntmachung darauf aufmerksam, daß alle die Lokalliste betreffenden Veröffentlichungen an meine nachstehend aufgeführte Adresse gerichtet sein müssen; Zuschriften an die Redaktion werden nicht veröffentlicht. Im Auftrage der Lokalkommission: Oscar Mahle, Berlin, Prinzenstr. 8, Seitenfl. 1 Tr.

Der Wahlverein des 3. Kreises hält heute (Dienstag), abends 8 Uhr, in der „Resource“, Kommandantenstr. 87, seine Vierteljahres-Generalversammlung ab. Nach einem Vortrage des Genossen Dr. Gustav Heymann erfolgt der Rechenschaftsbericht des Vorstandes. Nur das Quittungsbuch legitimirt. — Die Zahlstellen des Wahlvereins befinden sich bei den Genossen: Gottfried Schulz, Zigarrenhandlung, Admiralstr. 40a (am Kolbitzer Platz); Wilhelm Börner, Zigarrenfabrikant, Ritterstr. 15; Emil Götze, Gastwirth, Brandenburgerstr. 18; Wilhelm Fied, Gastwirth, Simeonsstraße 28; Karl Schöning, Gastwirth, Köpnickstr. 68, Hofpt.; Ernst Pier, Gastwirth, Alte Jakobstr. 119. Zahlreichem Erscheinen sieht entgegen

Zur Schulbesuchs-Kontrolle haben, wie die „Volks-Zeitung“ mittheilt, auf Anordnung des Ministers der geistlichen, Unterrichts- u. Angelegenheiten der Oberpräsident der Provinz Brandenburg und das Provinzial-Schulcollegium verfügt, daß die Befragung der Schulversammlungen künftig nicht mehr Sache der städtischen Schuldeputation, sondern der Polizei sein soll. Die Schuldeputation soll nur noch den Schulbesuch kontrollieren und bei unentschuldigter Versammlung die Eltern ermahnen und warnen dürfen. Bei wiederholter unentschuldigter Versammlung hat sie bei der Polizei Anzeige zu erstatten, die dann die Strafe verfügt. Auf die Gründe dieser Maßregel, die die Rechte der städtischen Verwaltung und speziell ihren Antheil an der Leitung des Schulwesens noch weiter vergrößert, darf man gespannt sein. Die Schuldeputation ist gerade in den letzten Jahren mit besonderer Strenge gegen die Schulversammlungen vorgegangen. Erwartet man von der Polizei eine größere Strenge? Die Schuldeputation hatte die schulpolizeiliche Strafverfolgung seit 1845. Bis dahin hatte man ohne Strafen auszukommen versucht.

Die feindlichen Brüder. Wenn sich zwei Parteien streiten, können mitunter recht interessante Dinge an das Tageslicht, die sonst nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt sind. So geschieht es auch in dem Prochmännerkrieg, welcher unentwegt zwischen dem Verbande der Gast- und Schankwirthschaft für Berlin und Umgegend und dem Deutschen Gastwirthsverbande bzw. den diesem zugehörigen Berliner Vereinen geführt wird. Alle Annäherungsversuche des ergebnissen Verbandes werden von dem zweiten läßt zurückgewiesen, weil dieser den ersteren nicht für ebenbürtig hält. So war auch in der „Synphonie“, in welcher der Berliner Verband auf dem Standpunkte steht, daß der Synphoniehandel den Gastwirthlichen, und nicht den Brauereien zuzuehe, die angestrebte Einigkeit zwischen den beiden Verbänden nicht zu erzielen, weil, wie Herr Schöning im Verein der Gast- und Schankwirthschaft Süd-West Berlin erklärte, Herr Feuerstein selbst den Bierhandel in Synphonie seitens der Brauereien begünstigt. Herr Feuerstein ist sonst gewiß ein engagierter Verfechter aller Gastwirthsinteressen. Das er in dieser Frage auf Seiten der Brauereien steht, mag wohl weniger in seinem allgemeinen Gerechtigkeitsgefühl seinen Grund haben, als in seinen geschäftlichen Beziehungen. Herr Feuerstein hat sein Geschäft schon seit Jahren verpacktet und ist jetzt bei Brauerei-Unternehmungen interessiert. Niemand kann zweien Herren dienen! Auch bezüglich der den Gastwirthsstand in Aufregung versetzenden Synphoniebeschlüsse war eine Einigkeit nicht zu erzielen. Der Berliner Verband nahm Stellung dagegen, während, wie Herr Schöning weiter erklärte, der Präsident des deutschen Gastwirthsverbandes, Herr Theodor Müller, vorher Gesdter zu Orgelbläuten gesammelt hat, wofür er den Kronenorden

erhielt. Infolge dessen durfte er und mit ihm die zum deutschen Gastwirths-Verbande gehörigen Vereine gegen die Synphoniebeschlüsse nicht Stellung nehmen. Die loyal-patriotische Haltung der Herren Theodor Müller, Feuerstein und anderer Korpsführer, sowie der Berliner Vereine des deutschen Gastwirthsverbandes, welche jenen unbedingte Gefolgschaft leisten, ist hinreichend bekannt, daß auch dieses ostentative Diplomatenstückchen nicht weiter überraschen kann. Interessant ist es aber immerhin, zeitweise einen Blick hinter die Kulissen zu werfen und zu sehen, wie die Karte geschoben wird.

Zu bezug auf das Schulturnen hat jetzt der Kultusminister in einem an sämtliche Provinzial-Schulcollegien gerichteten Erlaß darauf hingewiesen, daß die sogenannten volkshilflichen Übungen, wie Laufübungen und Stabsparaden, denen, wie bei gelegentlichen Befestigungen der Turnübungen und bei Turnlehrerprüfungen beobachtet worden sei, nicht die gebührende Pflege zugewendet werde, mehr als bisher zu berücksichtigen seien. Auch bezeugt es der Erlaß als eine „unerfreuliche Erscheinung“, daß in jüngster Zeit sich hier und da im Schulturnen ein einseitiges Streben nach Turnwettbewerben, in die Augen fallenden Übungen geltend gemacht hat.

Zum Urlaub der Postunterbeamten wird dem „Berl. Tagbl.“ geschrieben, daß es auch hiermit rückwärts gehe. Während nämlich vor einigen Jahren die nicht festangestellten Beamten (Assistenten u.) noch in die Urlaubsliste einbezogen wurden, sind sie jetzt auf derselben gefehlt. In diesem Jahre geht man sogar noch weiter, indem man den infolge von Krankheit längere Zeit beurlaubt gebliebenen Beamten den regelmäßigen Sommerurlaub überhaupt verweigern möchte.

Wie sehr der Pferdebahn-Bureaokratismus zuweilen die Angehörigen durchdringt, davon giebt ein Vorfall, der sich dieser Tage auf der Linie Gesundbrunnen-Kreuzberg zugetragen hat, ein Bild. Zwei Mädchen im Alter von elf und fünf Jahren bestiegen den Wagen. Beim Einsteigen fällt es dem Schaffner bei, daß beide Kinder Geld zu fordern. Als das ältere Mädchen darauf hinweist, daß ihre Schwester erst fünf Jahre alt und daher laut Reglement frei sei, erwidert der Schaffner, das Reglement spreche nur davon, daß Kinder bis zu sechs Jahren in Begleitung Erwachsener frei seien, und sie sei doch noch nicht erwachsen. Selbstverständlich brachen die Fahrgäste in ein helles Gelächter aus. Das macht den Schaffner ärgerlich, und pikirt erklärt er noch einmal, daß er dazu da sei, sich nach seinem Reglement zu richten; alles andere kümmerle ihn nicht. Beide Kinder mußten zahlen.

Kunstaussstellung. Für die Zeit bis 26. September wird aus Anlaß der großen Berliner Kunstausstellung auf dem Lande-Ausstellungsplatz am Lehrter Bahnhof eine Postanstalt mit dem Telegraphenbetrieb und öffentlicher Fernsprechstelle in Wirksamkeit treten. Die 7. hädelsche Fortbildungsschule für Jünglinge, Gräberstr. 85/88, hat am 22. d. M. neue Kurse für das Sommerhalbjahr in Deutsch, Rechnen, Buchführung, Physik, Freihandzeichnen, Geometrie, Modelliren, Französisch, Englisch, Stenographie eröffnet. Inwiefern die Anstalt, die besonders der der Volksschule erwachsenen Jugend einen ihren Lebens- und Berufsinteressen dienenden Unterricht bietet, einem Bedürfnis entspricht, beweist der erfreuliche Aufschwung, den die Schule während ihrer fünfjährigen Wirksamkeit genommen hat. Die Theilnahme ist unentgeltlich. Nur für Modelliren und Handzeichnen, doppelte Buchführung, Französisch und Englisch sind 1, 2 resp. 4 M. halbjährlich zu zahlen; letztere können auch in Theilzahlungen entrichtet werden. Der Unterricht findet an den Wochentagen von 7-10 Uhr abends und Sonntags von 8-10 Uhr vormittags statt. Anmeldungen nimmt der Leiter der Schule, Herr Rektor Holz, noch täglich vor Beginn des Unterrichts und während desselben im Amtszimmer entgegen.

Die Delegirten der Orts-Krankenkasse der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker werden nochmals auf die am Dienstag den 27. April im Louisenstädtischen Konzerthause, Alte Jakobstr. 87, stattfindende Generalversammlung aufmerksam gemacht. Die von der öffentlichen Versammlung im Beipassat nominirten Kandidaten zum Vorstand sind August Werner und Gustav Knebel auf 8 und Karl Brüche auf 2 Jahre und sind nur Stimmzettel mit diesen Namen abzugeben. Einladung resp. Mandat legitimirt. Die Kommission: J. A.: Hermann Kamp.

Der Niechtheft der Linden-Galerie ist mittels Kaufvertrages an Herrn Hugo v. Aken übergegangen.

In Sachen Biethe wird der Rechtsanwalt Benjann nach einer hierher gelangten Mittheilung gegen den Beschluß des Landgerichts, dem Gesuch um Wiederaufnahme des Verfahrens nicht Folge zu geben, beim Oberlandesgericht Beschwerde erheben.

Um eine Verbilligung der Gaspreise für gewerbliche Zwecke beabsichtigt der Verband der Gast- und Schankwirthschaft für Berlin und Umgegend beim Magistrat vorstellig zu werden und zwar dergestalt, daß nicht nur das im Privat-Haushalt zu Koch- und Heizwecken verwendete Gas, sondern auch das im Gewerbe zu Lichtwecken verbrauchte Gas als „gewerblichen Zwecken“ dienend anerkannt werden soll.

Das Riesen-Fernrohr in Treptow geht, wie wir erfahren, seiner Vollendung in den nächsten Tagen entgegen. Bekanntlich liegt es seit der Beendigung der Gewerbe-Ausstellung still, da die Vierung des elektrischen Stromes zur Bewegung der Motoren mit der Auflösung des elektrischen Seidens naturgemäß aufhören mußte. Im Winter ist nun das Fernrohr, an dessen Fertigstellung für wissenschaftliche Beobachtungen noch manche Kleinigkeiten fehlten, ausgebaut und weiter eine besondere Zentrale zur Stromerzeugung errichtet worden. In derselben wird eine Dynamo durch eine achtsperrige Wassermaschine getrieben; der Strom der Dynamo dient zur Ladung einer großen Akkumulatoren-Batterie, die ausreichend ist, um den Betrieb ununterbrochen zehn Stunden lang aufrecht zu erhalten. Außerdem kann der Strom aus der Dynamomaschine direkt in die Elektromotoren geleitet werden, so daß die Bewegung des Fernrohres auch von den Akkumulatoren unabhängig ausgeführt werden kann und durch deren etwaige Entladung keine Unterbrechung erleiden wird.

Das mit dem Fernrohr verbundene astronomische Museum ist ebenfalls vervollständigt worden und soll dem Publikum, wie wir

hören, in den nächsten Tagen gegen ein Eintrittsgeld von 20 Pf. geöffnet werden, wofür auch die Einrichtung und der Betrieb des Fernrohres, das bekanntlich eine bisher noch nicht angewendete Konstruktion erhalten hat, erläutert werden soll. Außerdem wird beabsichtigt, Vorträge mit Lichtbildern gegen ein besonderes Entree von 30 Pf. stattfinden zu lassen.

In einer seit Jahren streitigen Frage hat jetzt die Polizei bestimmt und endgiltig Stellung genommen. Bei der polizeilichen Anmeldung von Kneipen und Schlafburschen verweigerten die Hauswirths oftmals die Beifügung ihrer Unterschrift auf dem Anmelde-Formular und zwar mit der Begründung, es könne aus dieser Unterschrift eine Einwilligung in die fittige Abvermietung hergeleitet werden, die sie zu ertheilen nicht gewillt seien. Es ist aus diesem Grunde dem auch vielfach von der Beibringung der Unterschrift des Hauswirths abgesehen worden und die Polizei begnügt sich mit der Unterschrift des Miethers als des zur Meldung Verpflichteten. Seit einiger Zeit ist in diesem Verfahren bei verschiedenen Polizeirevieren eine Aenderung eingetreten; diese verlangen die Unterschrift des Wirths und lassen die vorerwähnte Einrede nicht gelten; der betreffende Wirth wird von der Polizei belehrt, daß er durch die geforderte Unterschrift sich in seinem Rechte nicht verbeuge, sondern das Abvermieten unter-sagen, auch auf Ermittelung gegen die Abmiether klagen könne; dagegen liege es im polizeilichen Interesse, daß der Nachweis dafür erbracht sei, daß der Wirth von der Anwesenheit der polizeilich gemeldeten Personen in seinem Hause auch Kenntniß habe. — Bisher haben die so belehrten Hauswirths die verlangten Unterschriften geleistet, jedoch eine gerichtliche Entscheidung dieser Frage bisher noch nicht nothwendig geworden ist.

Die neue Verfügung betreffend den Verkehr der Anwälte mit den Untersuchungsgefangenen, welche der Anarchistenproceß wider Kofschman und Genossen gereizt hat, wird, wie ein Berichterstatter zu melden weiß, von dem größten Theile der Anwälte mit Genugthuung begrüßt, weil dadurch gewisse Unvollkommenheiten beseitigt werden können, die nicht jeder Anwalt zu den seinigen zu machen liebt. Es ist schon häufig mit Befremden bemerkt worden, daß langjährige Klienten bewährter Anwälte, wenn sie in irgend einer Sache in Untersuchungsdhaft genommen wurden, ihr Mandat ihrem zeitigen Sachwalter entzogen und einem anderen anvertrauten, den sie bisher gar nicht gekannt hatten. Oft hat sich dabei herausgestellt, daß die Klienten von anderer Seite solange bestärmt wurden, bis sie sich breit schlagen ließen. Ein besonderes Raffinement im Klientenfange entwickelte auf diesem Gebiete der gewissen Rechtsanwalt Dr. Friz Friedmann. Aus seiner reichen Praxis mag nur erzählt werden, wie Friedmann zu dem Mandat des Herrn v. Kofe kam. Er erzählte gleich nach der Verhaftung des Herrn v. Kofe einigen Berichterstattern, daß er zu dessen Vertretung bevollmächtigt sei. So kam die an sich falsche Nachricht in die Zeitungen und wurde auch von der Familie gelesen, die natürlich glaubte, daß Friedmann mit Herrn v. Kofe in Verbindung stehe und ihn um Nachricht über das Befinden des Familienhauptes bestärmt. Bei der persönlichen Besprechung wurde es dem gewandten Anwalte leicht, von der Familie eine Vollmacht zu erwirken. Diese wurde im guten Glauben, daß Friedmann bereits von Herrn v. Kofe autorisirt sei, hergegeben, und nun gelang es ihm mit Hilfe dieses Dokumentes leicht, zu dem Gefangenen vorzudringen. Herr v. Kofe ahnte die Intrigue nicht, er respektirte seiner Ansicht nach nur einen Wunsch seiner Familie, wenn er seine Vertretung in die Hände Friedmann's legte und unterschrieb die Vollmacht. Die Geschichte dünkt uns denn doch nicht recht wahrscheinlich.

Der Bund der Berliner Grundbesitzervereine hat dem Stadtverordnetenkollegium „Vorschläge“ unterbreitet, wonach der Entwurf der neuen Baupolizei-Ordnung verschlechtert werden soll. Ob die liberalen Stadtverordneten den Rath haben werden, die Interessen der Einwohnerschaft gegenüber einer Gesellschaft zu vertreten, die die Baupolizei-Ordnung wahrscheinlich am liebsten auf die Prinzipien zurückrevidiren möchte, nach denen das Gängeviertel in Hamburg errichtet ist?

Ein für die Naturgeschichte des Berliner Böbels bezeichnendes Schauspiel vollzieht sich zur Zeit wieder im Paradies-Theater. Man hat die Truppe des Herrn Lampe, die schon in Vergessenheit gerathen war, neuerdings auf „Trilby“ dressirt. Es läßt sich denken, wie das Sensationsstück, das zur Zeit auf einer Reihe hiesiger Bühnen in Mode ist, an dieser Stelle gespielt wird. Doch das ist nebenächlich; Herr Lampe arbeitet ausschließlich wie irgend ein anderer Komödiant um's liebe Brot und muß hungern, wenn er und sein Personal nicht mit sich Schindluder spielen läßt. Beschämend ist es nur, wie die Leute sich benehmen, die ins Theater gehen, um an einer Schmiertruppe ihr bischen Wis loszulassen. Kann daß eine Viertelstunde nach Beginn der Vorstellung vergangen ist, so giebt sich das Publikum „animirt“, und immer wüthter wird der Lärm im Partell des köstlich ausgestatteten Hauses. Es geht schließlich mit dem besten Willen nicht weiter; der Vorhang fällt mitten im Stück, geht wieder in die Höhe und der Rabau beginnt von neuem, um für eine Minute von der verzweiflungsvollen Bitte des Herrn Lampe unterbrochen zu werden, es doch nicht zu arg zu treiben; die Scherereien mit der Polizei seien schon groß genug; schließlich würde ihm der Aufenthalt in Berlin überhaupt nicht mehr gestattet sein. Natürlich ist die Menge für einen derartigen Ausschrei des Leids wenig empfänglich, der Jambigel treibt weiter sein toll's Spiel!

Noch ein Selbstmord beim Gardekorps. Erschossen hat sich am Sonnabend Nachmittag mittels seines Dienstgewehrs der Sergeant Benzlin vom Alexander-Regiment. Unregelmäßigkeiten im Dienst, derentwegen B. mit 7 Tagen Arrest bestraft worden war, den Anlaß zu dem Selbstmord.

Strasensperrung. Die Memelerstraße von dem Grundstück Nr. 2 bzw. 83 bis zur Warschauerstraße wird behufs Umpflasterung vom 28. ds. Mts. ab bis auf weiteres für Fußgänger und Reiter gesperrt.

Arbeiter-Maifest.

Sonnabend, den 1. Mai:

1. Wahlkreis.

Feen-Palast, Burg- und Wolfgangstraßen-Ecke.
Instrumental- u. Vokal-Konzert,

angeführt von Zivil-Verwandtschaft der Freien Vereinigung unter Mitwirkung von 12 Gesangsvereinen (Mitgl. d. Arb.-S.-V.). Dirigent Herr **Rudolf Tietz.**

Festrede, gehalten vom Reichstags-Abgeordneten Wilhelm Liebknecht.
Festspiele und Deklamationen.

Anfang 6 Uhr. Entree 30 Pf. Maifest-Zeltung gratis.

TANZ

beginnt um 11 Uhr. Herren, welche daran theilnehmen, zahlen 30 Pfennige nach.

2. Wahlkreis.

Unions-Brauerei, Hasenhaide 22-31.

Vokal- u. Instrumental-Konzert,

Musik von der Freien Vereinigung der Zivil-Verwandtschaft. Dirigent Herr **Böhm.** Gesangs-vorträge von 10 Gesangsvereinen (Mitgl. d. Arb.-S.-V.).

Turnerische Aufführungen.

Festrede

um 8 1/2 Uhr, gehalten vom Reichstags-Abgeordneten **R. Fischer.**

Von 5 Uhr ab: **TANZ.** Herren, welche daran theilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.
Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr ab geöffnet.

Anfang des Konzerts 4 Uhr. Eintritt 20 Pf.

3. Wahlkreis.

Neue Welt, Hasenhaide 108.

Vokal- u. Instrumental-Konzert.

Festrede vom Reichstags-Abgeordneten Vogthorr.

Turnerische Aufführungen. Großes Feuerwerk. Tanz.

Anfang 4 Uhr.

Billets à 20 Pf. sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen, sowie am 1. Mai in der „Neuen Welt“ an der Kasse zu haben.

4. und 5. Wahlkreis.

Keller's Festsäle, Koppenstraße 21.

Brauerei Friedrichshain, Am Königsthor.

Clyffum, Landsberger Allee 40-41.

Schweizergarten, Am Königsthor.

Sanssouci, Kottbusserstraße 4a.

Vokal- und Instrumental-Konzert. Festrede. Lebende Bilder. Massengesänge.
Grüße und heitere Vorträge. Turnerische Aufführungen etc.

Nach dem Konzert: **Tanz.**

Anfang 4 Uhr. Billets 25 Pf.

Die Kaffeeküche wird um 3 Uhr geöffnet. Das Komitee.

6. Wahlkreis.

Weimann's Volksgarten, Badstraße 58.

Puhlmann's Vaudeville-Theater, Schönhauser Allee 148.

Berliner Prater, Kastanien-Allee 7-9.

Norddeutsche Brauerei, Chausseestraße 58.

Feldschlösschen, Müllerstraße 142.

Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 48-49.

Konzert. Festrede. Lebende Bilder. Tanz.

Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis.

Parteigenossen! Um die Maifeier zu einer großartigen zu gestalten und auch den wirtschaftlich schlecht gestellten Arbeitern und Arbeiterinnen Gelegenheit zu geben, daran theilnehmen zu können, wird ein festes Entree im 6. Wahlkreise nicht erhoben. Wir ersuchen aber, um möglichst die Unkosten decken zu können, nach Belieben sich an den Telleransammlungen zu betheiligen. Eure Pflicht ist es, die Arbeit ruhen zu lassen und durch zahlreiches Erscheinen die Maifeier zu einem wahren Volksfest zu gestalten.

Anfang 4 Uhr.

Das Komitee.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 1. Berliner Reichstags-Wahlkreises. General-Versammlung

am Mittwoch, den 28. April 1897, abends 8 1/2 Uhr, bei **Cohn,**
Benthstraße 21 (Kleiner Saal).

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Geschäfts- und Kassendbericht. 4. Neu-
wahl des Vorstandes. — Gäste haben Zutritt. — Um zahlreiches Erscheinen
der Mitglieder ersucht **Der Vorstand.**

Die Bestellen des Wahlvereins befinden sich bei **Rerschel,** Fiden-
straße 16, **Preuß,** Neue Friedrichstr. 20, **Sommer,** Oranienstr. 21. In
den Bestellen werden Mitglieder aufgenommen und Beiträge jederzeit ent-
gegengenommen.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 27. d. M., abends 8 1/2 Uhr,
in **Habel's Brauerei-Ausschank, Bergmannstr. 5-8:**

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Neuwahl des Vorstandes.
Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.
Zahlreiches Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 27. April 1897, abends 8 1/2 Uhr, in der „Resource“,
Kommandantenstraße 57:

Ordentliche General-Versammlung.

240/15 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein im 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Südost).

am Dienstag, den 27. April 1897, abends 8 Uhr, im Lokale von
Henke, Raunysstraße Nr. 27.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht des Vorstandes. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Vor-
trag des Genossen **Dr. Bernstein** über: „Die moderne Gesundheits-
pflege und das Proletariat.“ 4. Diskussion. 5. Berichtsangelegenheiten.
Nur Mitglieder haben Zutritt. — Buch legitimirt.

242/19 **Der Vorstand.**

Sozialdemokrat. Verein „Vorwärts“ Berlin.

Versammlung
am Dienstag, den 27. April er., abends 8 1/2 Uhr,
im „Zwincmünder Gesellschaftshaus“, Zwincmünderstr. 42.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über die Verbesserung unserer Klasse und der Sozialismus.
Referent: Genosse **Katzenstein.** 2. Diskussion. 3. Berichtendes.
Gäste haben Zutritt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband

(Zahlstelle Berlin).
Dienstag, den 27. April 1897, im grossen Saale der
„Arminhallen“:

Vertrauensmänner-Versammlung

der
Branche der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Tages-Ordnung:
1. Ein Rückblick auf das vorige Jahr unter besonderer Berücksichtigung
unseres Streits, seiner Folgen und Lehren. Referent Reichstags-Abgeord-
neter **Fritz Zubell.** 2. Unsere nächsten Aufgaben. 3. Berichtendes.
Da zu dieser Versammlung es unumgänglich notwendig ist, daß jedes
Mitglied erscheint, ist Sorge getroffen, daß auch jeder Platz findet.
Ein Flugblatt gelangt zur Ausgabe und ist es deshalb wünschenswert,
daß jede Werkstatt vertreten ist. 105/2
Mitgliedsbuch legitimirt, oder Eintritt bei sofortiger Aufnahme zum
Verband.
Die Versammlung wird punkt 8 1/2 Uhr begonnen und soll nicht länger
als bis 11 Uhr ausgedehnt werden. **Die Ortsverwaltung.**

Verband aller in der Metallindustrie

besch. Arbeiter Berlins und Umgegend.
Achtung!

Vertrauensleute f. d. Sünden!

Versammlung
am Mittwoch, den 28. April 1897, abends 8 1/2 Uhr.
Das Erscheinen aller Vertrauensleute ist notwendig; eine Einladung
durch Karte erfolgt zu dieser Konferenz nicht.
Mitgliedskarte legitimirt! **Der Vorstand.**

Verband der in Buchbindereien,

der Papier- und Leder-Galanteriewaaren-Industrie
beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.
Mittwoch, den 28. April 1897, abends 8 1/2 Uhr,
in **Feuerstein's oberem Saal, Alte Jakobstr. 75:**

Ordentl. Generalversammlung

Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassendbericht. 2. Ergänzungswahlen zum Vorstand.
3. Mitgliedschafts-Angelegenheiten und Berichtendes.
Das zahlreiche und pünktliche Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist
dringend notwendig. — Mitgliedsbuch legitimirt. 26/10 **Der Vorstand.**

Am Sonnabend, den 1. Mai,

bleibt das Bureau, sowie sämtliche Zahlstellen geschlossen. D. C.

Achtung! Rixdorf. Achtung!

Dienstag, den 27. April, abends 8 Uhr, in den **Vittoria-Sälen:**
General-Versammlung
der **Holzarbeiter (Filiale Rixdorf).**

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Waldek Manasse** über: „Glaube und
Bemerkung.“ 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 1. Quartal. 4. Verbands-
angelegenheiten. — Mitgliedsbuch legitimirt. 105/1 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Zimmerer. Achtung!

Mittwoch, den 28. April 1897, abends 8 Uhr:
Versammlung der Platzdeputirten
bei **Buske, Grenadierstr. 33.**
Sämtliche Plätze müssen vertreten sein.
Die Lohnkommission.

Todes-Anzeige.
Am 25. d. Mts., mittags 12 Uhr,
verstarb nach schwerem Leiden unser
braver Parteigenosse

Heinrich Sperber

im Alter von 38 Jahren.
Nach erholter sich bei seiner 1 1/2 Jähr.
Gefängnisstrafe im Prozeß Karllinnis
und Genossen den Krankheitsleim.

Die Beerdigung findet am Mittwoch,
den 28. d. Mts., nachmittags 5 Uhr,
vom Trauerhause, Friedrichsberg,
Kreuzgäßchen 9, aus nach dem Frei-
willigen Friedhof (Pappel-Allee) statt.
Um rege Theilnahme ersucht
215/10 **Die Vertrauensperson.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise der Liebe
und Theilnahme bei der Beerdigung
meines lieben Vaters und uneres
guten Vaters sage ich allen Freunden
und Bekannten meinen besten Dank,
besonders den Genossen des 4. Berliner
Reichstags-Wahlkreises (Osten) und
dem Deutschen Holzarbeiter-Verband,
sowie seinen Kollegen seiner letzten
Werkstelle. 17978

Edwe. Zeuge nebst Kindern.

Ehrenerklärung.
Ich nehme die gegen Herrn **Gund-
lach** ausgesprochene verurtheilende
Beleidigung hiermit zurück.

F. Hoffmann.
Ich wohne jetzt **Baustraße 50 I**
Dr. M. Rosenthal, prakt. Arzt,
1803b 8-10 und 5-6.

Arbeiter-Gesangverein (25-30 Per-
sonen) sucht für Freitag einen
tüchtigen Dirigenten.
Offerten mit Gehaltsansprüchen er-
heben bis Freitag am 26. d.
J. Larisch, Ritterstr. 124, Hof 3 Tr.

L. Klatt, u. Blumenhandlung.
G. Sandbergerstr. 6, Ecke Hochstr.,
(früher Königsbergerstraße)
empf. Widmungstränge mit Schleifen,
Guirlanden, Bouquets etc.

Blumenhandlung
P. Abromeit, Blücherstr. 14.
Kränze, Bouquets, Topf-
gewächse, Guirlanden etc.
Billigste (Marthallen-) Preise
bei geschmackvoller Ausführung.

**Kranzbinderi u. Blumen-
handlung Robert Meyer,**
No. 2. Mariannenstr. No. 2.
Widmungs-Kränze, Guirlanden, Ball-
sträußchen, Bouquets etc. werden sehr
geschmackvoll und preiswerth gefertigt.

Gr. Möbelverkauf
wegen Umzug des Möbelspeichers
Rosenthalerstr. 13. Um die ganz
bedeutenden Transportkosten zu er-
sparen, verkaufe ich jetzt zu jedem
annehmbaren Preise. Zum Umzug und
für Brautleute ist somit Gelegenheit
gegeben, ganze Ausstattungen, sowie
einzelne Stücke ganz besonders billig
einzukaufen. Es finden viele einfache,
mittlere u. hochelegante Einrichtungen
am Lager, auch gelegentlich angekauft
herrschaftliche Möbel, sehr billig. Ver-
liehen gemiene und gebrauchte Möbel
spottbillig: Kleiderständer 15, Kom-
moden 10, Küchenspinde 10, Stühle 2,
Beistellen mit Sprungfedermatratzen
18, 20, 30, Truemeubel 30, 60, Buffet,
Zylinderbureau, eleg. schmeckl. Damen-
schreibtische 40, 60, Garnituren 50, 70,
Spiegel in allen Arten und Größen,
Küchenschrank, Sophas 16, 20, 30 Pf. etc.
Eigene Tapezier- u. Dekor-Werkstatt,
vier große Möbel-Lagerräume. Ein-
richtungen auch auf Theilzahlung. Be-
amten ohne Anzahlung. Gekaufte Möbel
können beliebige Zeit stehen bleiben,
werden durch eigene Gespanne sauber
transportirt und in der Wohnung auf-
gestellt, auch außerhalb. 14342*

Arbeitsmarkt.
Einem Bildhauer
berlangt **Nicolai, Müllerstr. 144.**

Reise-Effektenarbeiter,
geübt in Herstellung von Patent-
säcken und grossen Rindleder-
taschen etc., kann sofort dauernde
Arbeit finden in Christiania.
Guter Verdienst. Freie Reise.
Offerten mit Zeugnisabschriften
an **Ohme's Bureau, Christi-
ania** unter „97“.

Nebenverdienst!
Volks-Krankenkasse sucht
überall in Arbeiterkreisen 103/4

Agenten.
General-Agentur Berlin,
Hallesche Str. 4.
Gesangs-Dirigent gef. 4. Mittwoch,
zu meld. b. V. Weigberger, Granewald-
straße 116 Qu. 4 Tr., Schöneberg, 19008

Durchführer und Seitenstepper ver-
langt **Barnimstraße 22.** 179/8

Farbigmacher verlangt
Barnimstraße 2. 179/8

Karton-Arbeiterinnen,
geübte, verl. **Th. Nathan, Stab-**
schreiberstraße 29. 17929

Zeichner, Sticker-Konfektion von
David Niese, Jägerstr. 25. 17938

Bier Holzdrehsler
auf **Galanterie und Garbieren**
rosellen sofort auf dauernde Arbeit
gesucht. **Herm. Wurmkeßel,**
Holzwarenfabrik mit Dampftrieb,
Burg b. Magdeburg. 17968

Geübte Karton-Arbeiterinnen
verl. **Beckerl, Schindlerstr. 15.**

Geübte Drahthefterin
für **Contobücher** verlangen
Riefenstahl, Zumpke & Co.,
Solymartstr. 67. 16788

Dritte Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Braunschweig, 22. April.

Vormittags-Sitzung.

Zeitrag-Mürnberg spricht sich im Namen der Nürnberger Kollegen gegen Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung...

Schulz-Hamburg glaubt nicht, daß durch das Unterstützungs-wesen eine Versumpfung herbeigeführt wird...

Böhme-Weipzig hält die Ausführungen Segis für gut, wendet sich aber gegen die Ansicht, daß die gewerkschaftliche Bewegung...

Nachdem noch Haase-Dresden, Haack-Dresden, Trautwein-Dresden, Klemm-Dresden, Durlach und Reichard-Dresden...

Nachmittags-Sitzung.

Wommer-München bekennt sich im Auftrage seiner Kollegen als Gegner. Als Grund führt er die Erhöhung der Beiträge an...

Auf Antrag Reichard wird sofort eine Kommission von drei Mann zur Revision des Streikreglements gewählt...

Springer-München wünscht, daß die Stimmung im Lande geklärt werde. Trotz der außerordentlich guten Beschwörung...

Fader-Berlin kann trotz seiner Anhängerschaft der Arbeitslosen-Unterstützung sich nicht für Annahme des Vorstandsvorschlages...

Wodetz-Gera: Es ist merkwürdig, daß die meisten Freunde der Unterstüfung nicht mehr im Berufe beschäftigt sind...

Büchner-Berlin wünscht, daß man uns nicht allzusehr die Trades-Unions als Beispiel anführe. Man wird durch die Einführung...

Hölzinger-Bielefeld spricht gegen die Unterstüfung, auch gegen die von Trautwein angeregte Erhöhung des Beitrags...

Kroll-Altona: Dort habe man erfahren, daß ohne Unterstüfung nicht ankommen sei. Ihm ist auffällig, daß die Gegner...

Reer-Dortmund ist Gegner der Arbeitslosen-Unterstützung. Ebenso Liebmann-Mainz. Wie Segis vor vier Jahren sagte...

Enger-Mürnberg will die Arbeitslosen-Unterstützung einführen, weil er glaubt, damit agitatorisch wirken zu können. Wir bezahlen heute schon Arbeitslosen-Unterstützung...

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Nach mehreren persönlichen Bemerkungen nimmt Segis und der Korreferent Peterhans das Schlußwort...

Vormittags-Sitzung.

Breder erstattet Bericht vom Gewerkschafts-Kongress und kommt nach längerer Auseinandersetzung dazu, die Anträge auf Lösung des Verhältnisses mit der Generalkommission zu befürworten...

Kommission ist bedingt dadurch, daß die Kommission erst gegründet wurde, als sich die Gewerkschaften schwach fühlten. Der Umstand, daß noch kein Berufs-kongress etwas positives in bezug auf Verbesserung...

Befehl und Gfner-Mürnberg sprechen für Lösung des Verhältnisses mit der Kommission. Berger und Büchner-Berlin ebenso. Faber-Berlin und Wiffelt wollen die Verbindung erhalten wissen.

Mit großer Majorität wird der Antrag, die Verbindung mit der Kommission zu lösen, abgelehnt. Abgelehnt werden die Anträge auf Abschaffung der Reiseunterstützung mit großer Majorität.

Nachmittags-Sitzung.

Zur Beratung stehen die Bedingungen, unter welchen der Uebertritt der Berliner Sozialorganisation zum Deutschen Metallarbeiter-Verband erfolgen kann. Referent Piffin-Berlin führt aus: Die Organisation der Berliner Metallarbeiter hat sich ganz gewaltig gehoben...

Diese Zuspühung der Gegensätze entstehen bei den häufig gar zu schlechten Arbeitsbedingungen plötzlich Streiks, für welche eine Vorbereitung unmöglich. Nun entsteht bei der Zerpfitterung der Arbeiterorganisation stets die Frage: Wer unterstützt die Nicht-Organisirten? Der Zusammenschluß soll hier Abhilfe schaffen.

Die Gründe, die gegen den Zusammenschluß bestanden, sind zum größten Theil heute hinfällig. Weder vereinsgesetzliche Bedenken noch die Höhe der Beiträge bilden ein Hindernis. Die Aussperrung am 1. Mai 1896 zeigte, daß der Verzichtsvorgang vorangebracht werden muß.

Der Berliner Sozialorganisation zählt heute ca. 9000 zahlende Mitglieder, die Verwaltung des Deutschen Verbandes ca. 3000. Es wird angenommen, daß nach dem Zusammenschluß ca. 9000 Mitglieder bleiben sollen.

Diese werden dem Verband eine Einnahme verschaffen, welche allein schon für den Uebertritt spricht. Die Unternehmung versuchen zur Zeit die Löhne herabzudrücken, und sind daher stets unvorhergesehene Ausstände zu erwarten.

Dieser Umstand macht es nötig, schnell zu handeln. Daher die Forderung, in allen Verwaltungen mit mehr als 3000 Mitgliedern neben den 25 pCt. der Mitgliedsbeiträge für Verwaltung noch 50 pCt. am Orte zu behalten, zu Streikzwecken. Es bleiben 25 pCt. demnach für den Vorstand zur Verwendung, was für Berlin eine Summe von circa 25000 M. ausmacht.

Die Notwendigkeit, 50 pCt. für Streik- und Unterstüfungszwecke in Berlin zu belassen, ergibt sich aus dem Ausgaben-Konto des Sozialverbandes. Dieses weist pro 1896 ca. 40000 M. Ausgaben für Streik- und Unterstüfung auf. Der öffentliche Fonds, jetzt vom Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter (D. Räther) verwaltet, soll bestehen bleiben.

Aus diesem Fonds wurden 1896 allein 80000 M. für Streikzwecke verausgabt. Dadurch wurde es früher möglich, und wird es später möglich sein, den Verband wesentlich zu entlasten. Der Sozialverband würde mit dem gesamten Baarvermögen von 22000 M. übertreten, doch sollen alle zur Zeit des Uebertrittes im Sozialverband vollberechtigten Mitglieder auch im deutschen Verband vollberechtigt werden.

Obwohl der Sozialverband 13 Wochen, der Zentralverband aber 32 Wochen Karenzzeit hat. Durch den Uebertritt wird die Verwaltung erheblich vereinfacht. Vor allen Dingen aber wird durch den Uebertritt die gesammte Gewerkschaftsbewegung beeinflusst.

Sobald aber werden die in Berlin ansässigen Zentralverbände der Arbeiter in der Metallindustrie in ihren Maßnahmen beeinflusst. Der großen einzigen Organisation gegenüber verschwinden die kleinen Organisationen. So haben die Vertreter sämtlicher in Berlin ansässigen Zentral-Verbandsorganisationen erklärt, auf ihren Generalversammlungen den Uebertritt zum Deutschen Metallarbeiter-Verband zu beantragen und bei energischer Gegenwehr ihrer Vorstände über deren Köpfe hinweg den Uebertritt vorzunehmen.

Die Agitation in der Provinz wird eine noch viel energischer werden, um Streikbrecher fernzuhalten. (Lebhafte Weisung.) In der Debatte werden nur von einigen wenigen Rednern Bedenken erhoben, allgemein aber der Wunsch nach Verschmelzung laut. Die wenigen Bedenken zerbröckeln in seinem Schlußwort.

Sobald erfolgt die Abstimmung, durch welche gegen nur eine Stimme die Statutenberathungs-Kommission ermächtigt wird, die Statuten nach den Anträgen des Vorstandes zu ändern. Diese Anträge enthalten die Wünsche der Sozialorganisirten Kollegen, damit ist der Uebertritt des Sozialverbandes der Berliner Metallarbeiter zu den von diesem gestellten Bedingungen gutgehehen.

Es folgt die Beratung über die Presse. Nach einem kurzen Referat des Redakteurs Scherm, an dessen Thätigkeit nur ganz geringfügige Ausstellungen gemacht werden, kommen folgende Anträge zur Annahme: 1. Die langatmigen Berichte sind zu kürzen, dagegen mehr Bericht auf Feuilleton (allgemeinere Artikel) zu legen. 2. Inserate betreffend Arbeitsgesuche von solchen Orten, an welchen Arbeitsnachweise in den Händen der Arbeiter sind, dürfen nicht mehr aufgenommen werden. 3. Eine Einrichtung in der Zeitung zu schaffen, durch welche Artikel die Aufnahme ermöglicht wird, die der Aufklärung der Frauen dienen.

Auf Antrag der Bescheidkommission beschließt die Generalversammlung, die Kollegen Urban-München und Großbernd-Ohlitz als vollberechtigte Mitglieder wieder anzuerkennen. Morgen: Statutenberathung. Braunschweig, 24. April.

Vormittags-Sitzung.

Zur Beratung steht der § 21 des Statuts, Streikreglement. Es werden folgende Beschlüsse gefaßt: Verwaltungen über 3000 Mitglieder können selbständig (ohne Genehmigung des Vorstandes) in Streiks eintreten und die Sperre über Werkstätten verhängen. Beabsichtigte Angriffsstreiks müssen dem Vorstand drei Monate vorher mitgeteilt werden.

Abwehrstreiks sind 24 Stunden vorher zu melden. Bei jedem Streik hat der Vorstand einen Bevollmächtigten in das Streikgebiet zu senden, zur Information sowohl als zur Durchföhrung des Streikreglements. Innerhalb 3 Tage ist ein Situationsbericht an den Vorstand zu senden. Sobald der Streik länger als 4 Wochen dauert, muß die Aufhebung des Bevollmächtigten wiederholt werden.

Die Karenzzeit für den Bezug von Streikunterstützung wird auf 26 Wochen festgesetzt. Der Vorstand ist berechtigt, in besonderen Fällen diese Zeit auf 18 Wochen zu verkürzen. (Früher hieß es ganz fortlassen.) Sobald eine Woche kein Bericht an den Vorstand ersattet wird, ist derselbe berechtigt, die Weiterzahlung der Streikgelder zu verweigern. Wenn gleichzeitig mehrere Streiks bestehen, so ist in der Unterstüfung- und Genehmigungfrage denjenigen der Vorzug zu geben, die auf Verfürgung der Arbeitszeit gerichtet sind. Diese Fassung des Streikreglements wird einstimmig angenommen. Ebenso eine Resolution folgenden Inhalts: Streiks wegen Maßregelung sind zu vermeiden, dafür ist aber die Unterstüfung der Gemäßigten reichlicher zu bemessen. Ob Maßregelung vorliegt, entscheidet der Vorstand resp. die Mitgliederversammlung des betr. Ortes. Sperren sollen nur dann verhängt werden, wenn daraus ein Vorbheil für die Mitglieder entstehen kann. Sammellisten darf nur der Vorstand ausgeben.

Es folgt Statutenberathung. Die wesentlichen Änderungen betreffen Erweiterung der Rechte derjenigen Verwaltungen, welche mehr als 3000 Mitglieder haben. Diesen Verwaltungen wird das Recht zugesprochen, Unterstüfungen in besonderen Not-

fällen ohne Genehmigung des Vorstandes zu bewilligen. Ebenso kann Nachzahlung von solchen Verwaltungen selbständig erfolgen. Von Wichtigkeit oder doch von Interesse sind noch folgende Bemerkungen: Zur Errichtung einer Verwaltungsstelle ist die Beitrittserklärung von 20 Metallarbeitern nothwendig (früher 10). Den Ortsverwaltungs-Beamten können 5 pCt. von den 25 pCt. der Mitgliedsbeiträge, die zur Verwendung am Ort zur Verfügung stehen, als Vergütung für ihre Thätigkeit bewilligt werden. Die Berechnung der Zahl der Delegirten zur Generalversammlung soll nach Zahl der zahlenden Mitglieder stattfinden und ist dabei eine Leistung von 10 Beiträgen pro Quartal zu Grunde zu legen. Den Delegirten werden 9 M. (früher 8 M.) Tagesdiäten bewilligt. Die Verhandlungen der Generalversammlung sollen für die Folge stenographisch aufgenommen werden. Die Generalversammlung findet wie bisher alle zwei Jahre statt. Die Einführung der Urabstimmung wird in der Form angenommen, daß die Vorname derselben von der jeweiligen Generalversammlung (über einschneidende Fragen) beschloffen werden muß, also als Korrektur der Generalversammlung dient. Mitgliedern anderer Metallarbeiter-Organisationen wird der Beitritt ohne Einschreibegeld gestattet. Das Statut tritt am 1. Juli 1897 in Kraft. Das ganze Statut wird gegen 4 Stimmen im ganzen angenommen.

Außerdem werden noch folgende Anträge angenommen: Der Vorstand hat die Einführung des Einkassirer-Systems (für Mitgliedsbeiträge) vorzunehmen. Unbeschriebene Stimmzettel für die Wahl der Delegirten zur Generalversammlung sind ungtülig. Das Gehalt des ersten Vorsitzenden, Kassirers und Sekretärs wird auf 165 Mark pro Monat festgesetzt. Für den Redakteur auf 180 M., für Hilfsarbeiter auf 140 M. Hilfsarbeiter kann der Vorstand für die Dauer von 4 Wochen (ohne Hinzurechnung des Ausschusses) beschäftigen.

Der Sitz des Verbandes bleibt in Stuttgart. Die bisherigen besoldeten Beamten werden (Schilde mit 68, Werner mit 70, Reichelt mit 65 Stimmen) wiedergewählt. Zum zweiten unbesoldeten Vorsitzenden wird Pfeifer wiedergewählt. Zum Redakteur des Verbandsorgans wird Scherm mit 66 Stimmen wiedergewählt. (Es wurden 7 unbeschriebene Zettel abgegeben.) Der Sitz des Ausschusses bleibt in Frankfurt a. M. Zum Vorsitzenden wird Dejnig-Frankfurt gewählt. Mit einem Hoch auf die Metallarbeiter-Bewegung wird der Kongress geschlossen.

Zwölfte Generalversammlung des Verbandes der Zimmerleute. Fünfter Tag, Vormittags-Sitzung. In dem Bericht in unserer Sonnabend-Nummer muß es bezüglich der 2 Resolutionen, welche die Stellung des Verbandes zur Generalkommission regeln sollen, heißen: sie wurden eingebracht und nicht angenommen.

Ueber den Protest der Hamburger Ausgeschlossenen berichtet die Kommission, daß der Anschluß zu recht erfolgt sei. Die Kommission für die Anträge zur Generalversammlung macht ihre Vorschläge dahin, daß die Generalversammlung alle 2 Jahre tagen soll, daß 200 Mitglieder einen Delegirten zu wählen haben, daß bei Orten, die nicht 200 Mitglieder zählen, Wahlbezirke durch Zusammenlegen von Orten gebildet werden sollen, doch so, daß mehr als 200 Mitglieder nicht vorhanden sein dürfen. Weiter sollen Orte mit mehr als 350 Mitgliedern 2, mit mehr als 600 Mitgliedern 3 Delegirte, niemals aber mehr haben. Es entspinnt sich eine lebhafteste Debatte darüber, ob durch diese Vorschläge die Großstädte benachtheiligt werden. Die Vorlage wird mit der Änderung angenommen, daß die Orte mit 650 und mehr Mitgliedern auch nur 2 Delegirte wählen dürfen. Als Orte der nächsten Generalversammlung sind vorgeschlagen Kiel, Rostock, Eisenach, Berlin, Rathenow, Potsdam, Mainz, Nürnberg, Bielefeld, Dortmund; gewählt wird Berlin.

Es erfolgt die Beratung des Reglements für reisende Mitglieder, sowie von mehreren anderen Anträgen zur Wander-Unterstützung und endlich einer Reihe verschiedener Anträge. Der Sitz des Verbandsvorstandes wird in Hamburg belassen. In den Verbandsvorstand werden gewählt Schrader als Vorsitzender, Römer als Schriftführer und Bringungann als Verleger und Redakteur. Der Sitz des Ausschusses wird in Berlin belassen. Die Generalrevisoren werden je einer von Bremen, Gesehämde und dem Ausschuss gestellt. Die Frage, wieviel Tage die Generalrevisoren dauern soll, führt zu einer längeren Debatte. Es sollen die letzten 3 Tage vor der nächsten Generalversammlung dazu verwendet werden. Der Sitz der Pressekommision ist in Altona. Ein Antrag Bielefeld, der Hauptvorstand solle alljährlich Reichsmarken zu 50 Pf. für die am 1. Mai zur Arbeit gezwungenen Mitglieder herausgeben, deren Ertrag der Hauptstreikkasse zufallen soll, rüst eine lebhafteste Debatte hervor. Der Antrag wird angenommen. Der Wunsch nach Einberufung eines Kongresses aller am Bau beschäftigten Arbeiter führt zu einer Diskussion, in der betont wird, daß vor der Hand die Verhältnisse der Zimmerer noch nicht für einen Industrieverband reif seien, erst müsse die Agitation bei den Zimmerern andere Dimensionen annehmen. Der diesbezügliche Antrag wird aus diesen Gründen abgelehnt. Es wird noch eine Resolution angenommen:

Die zu Halberstadt tagende Generalversammlung des Verbandes der Zimmerer Deutschlands bedauert, daß es ihr nicht möglich ist, zur diesjährigen Waisfeier noch definitiv Stellung nehmen zu können. Sie spricht die Erwartung aus, daß in Zukunft mehr wie bisher innerhalb der Zimmererorganisation durch Wort und Schrift darauf hingewiesen wird, daß der 1. Mai als Waisfeiertag durch Arbeitstube zu begehen ist.

Schrader-Hamburg schließt die Verhandlungen mit einem warmen Schlußwort. Die Delegirten gehen unter dem Gesang der Marschälle auseinander.

Soziale Rechtspflege. Verbindung von landwirtschaftlichen und industriellen Betrieben. Der Gutсарbeiter Fiebelkorn, der gewöhnlich landwirtschaftliche Arbeiten zu verrichten hatte, wurde am 6. Februar 1895 in die Stärkefabrik des Gutbesizers dirigiert, um dort einen plötzlich erkrankten Arbeiter zu vertreten. Zur Mittagszeit verließ F. die Fabrik und schritt seiner Wohnung zu, die sich auf dem Gutshof befand. Auf dem Wege kam er dem Drahtseil nahe, daß die Dampfmaschine in einer Schenke mit der kraftspendenden Dampfmaschine der Fabrik verband, und zwar gerade in dem Moment, als das Seil infolge plötzlichen Stillstandes der Maschine geriss. Fiebelkorn wurde verlegt. Er bemühte sich darauf um eine Unfallrente. Die Brennerer-Vereinsgenossenschaft und die landwirtschaftliche Vereinsgenossenschaft wiesen den Anspruch jedoch ab. Keine von beiden wollte haftbar sein. Der Bescheid der Brennerer-Vereinsgenossenschaft wurde rechtskräftig, mit dem der landwirtschaftlichen Vereinsgenossenschaft hatte sich später deren Schiedsgericht zu beschäftigen. Auch dieses wies den Kläger ab, indem es geltend machte, er sei nicht beim landwirtschaftlichen Betriebe verunglückt. Mit seinem Refus drang der Kläger indessen beim Reichs-Vereinsgenossenschaft nach. Die landw. Vereinsgenossenschaft wurde verurtheilt. Zur Begründung führte das Reichs-Vereinsgenossenschaft an: Der Unfall sei im Gefahrenbereich des landwirtschaftlichen, nicht in dem des Fabrikbetriebes passiert, denn das Drahtseil sei ein Zubehör der Dampfmaschine und nicht der Stärkefabrik. Dazu falle auch ins Gewicht, daß F. in der Fabrik nur zur Aushilfe thätig gewesen sei, weil einer der ständigen Fabrikarbeiter erkrankt war. Und ferner sei außerdem seine Eigenschaft als landwirtschaftlicher Arbeiter auf dem Wege wieder hervorgetreten, da er veranlaßt worden sei, an dem Drahtseil vorbeizugehen, weil er gerade als landwirtschaftlicher Arbeiter auf dem Gute seine freie Wohnung hatte.

Du bist mein Ideal! Geheime, entgegnete ich lachend, das verbandt die Wäsche dem neuen geistlich gekühten Seitenpuder.

Anzüge nach Maass 25-30 M. Herm. Graf, Schneiderstr., Alexanderstr. 30 (Laden).

Hackescher Markt 4, J. Brünn Am Stadtbahnhof „Börse“. Teppiche! Gardinen! Steppdecken! Fertige Wäsche! Leinentwaren! zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen zum Ausverkauf!

Direct von Aachen! weltberühmt durch elegante u. reelle Tuche, versenden wir zu anerkannt niedrigen Preisen - Herren-Anzug- und Paletostoffe vom einfachsten bis zum elegantesten. Vortreffliche Musterauswahl franco an Jedermann! Zahllose Empfehlungen aus allen Kreisen beweisen unsere Reellität!

Dem Tode verfallen 15760 und binnen zwei Tagen mit sommit der Braut bis auf die letzte Spur verstorben sind die sonst unermüdlichen Schwaben durch die verheerende Wirkung des berühmten POUDEUR MARTIAL.

Billigste Bezugsquelle für Cigarren für Händler, Restaurateure und Wiederverkäufer! Permanentes Lager von über 1000000 geflagerter Cigarren in vorzüglicher Qualität und geliebter solider Arbeit, sowie in allen Facons zu Mark 22,- pro Mille an.

Freunden und Bekannten hierdurch zur Nachricht, daß ich mein Weib- und Väterlich-Bier-Lokal von O., Koppenstr. 47 nach I., Voltastr. 43 (Ecke Streiligerstr.) verlegt habe.

M. Schulmeister Schneidermeister, Dresdenstrasse 4, Kottbuser Thor. empfiehlt zu außerordentlich billigen Preisen nachstehende Spezialartikel: Frühjahrs- u. Sommerpaletots in guten Diagon, 13.50-33. Rammgarn, Satin- und Cheviot-Stoffen in guten, halbbaren Zwirn- 16-24. Jaquet-Anzüge in glatten Diagonal, Rammgarn, Satin- und Cheviot-Stoffen, 1. und Zweifig, 18-35. Sacco-Anzüge in glatten Diagonal, Rammgarn, Satin- und Cheviot-Stoffen, 1. und Zweifig, 20-36. Rod-Anzüge in guten, wollen, schwarz, Rammgarn u. Satinstoffen, modern, Facons, 25-38. Gehrock-Anzüge von feinen Satin, Tuch, u. Rammgarn-Stoffen, Zweifig, 30-45. Sport- u. Radfahrer-Anzüge in nur guten halbbaren Fabren, Cheviot und Zwirnstoffen, 10-20. Jünglings-Anzüge in Satin, Diagonal, Rammgarn u. Cheviot, 1. u. Zweifig, von 30. Havelock, Stand- u. Reijemäntel zu den billigsten Preisen. Rajahmitten-Anzüge in allen Größen, von 30 an. Beinkleider in dauerhaften, woll. Stoffen, verschiedenen Facons, Rammgarn und Cheviot von 5-10. Anaben-Paletots, kleidsame Facons in großer Auswahl. Anaben-Anzüge, in Cheviot, Belour- und dauerhaften 1. u. Zweifig, von 5 an. Schul-Anzüge in Cheviot, Belour- und dauerhaften 1. u. Zweifig, von 5 an. Bekleidungen nach Maass von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig angefertigt. Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten. Begründung des Geschäfts 1878.

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: Porträts sozialistischer Führer, Vorkämpfer, Kämpfer, Arbeiter, Studenten, etc. in Öl, Wasser, Gouache, etc. etc.

Es greift die Wäsche nicht an, spart Arbeit, Geld und Mühe und ist außerordentlich angenehm in der Anwendung, weil es aus einem Produkt der neuesten Erfindung hergestellt ist.

Deutscher Bortler Dessert u. Malzkrautbier I. Rang. Brauerei Burgkhaler, Potsdam, gegr. 1798, bel. J. Burgkhaler, Brauereibesitzer, Bleich-, Boden-, Refum. u. d. leicht bekömmlich, nahrhaftigste Bier. - In Blüthe, best. bei. Gehalt u. Gewichtsangaben. Aberr. 14 Pfund, d. 50 Pfund, 1/2, 1/4 u. 1/8 u. Selbstabg. weicht. Bill. Kleina. Verlanbth. J. Berlin u. Prov. Vorküsterleer. Ringler, Berlin, Brunnenstr. 152. Richt. Pfundgewicht. - Dual. entweich.

Sophanoff-Neck zu Bezügen andreichend, in Phantasie. Ritz-, Damak, Gröpe, Gobelins, Marquettis und Plüsch, sowie Zettelfaschen fortbittig. J. Adler, Teppich-Handl., Spandauerstr. 30, vis-a-vis dem Rathhause. Ausführliche Preislisten gratis u. franco.

2. Ziehung d. 4. Klasse 196. Reg. Preuss. Lotterie. Ziehung am 26. April 1907, Nachmittags. Nur die Gewinner über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt. (Ohne Gewähr.)

145 474 509 80 60 010 24 69 755 1061 249 636 33 (500) 44 58 (3000) 920 62 30765 486 568 750 962 3052 60 665 335 77 81 477 631 66 724 957 4149 (7000) 248 453 622 (500) 86 790 889 904 86 63926 (1500) 777 816 21 983 6051 226 394 (1500) 609 (5000) 34 758 60 67 7099 287 (500) 518 73 77 649 (300) 84 741 939 81162819 58 001 95 711 (500) 841 (500) 60 9092 129 328 32 435 538 75 625 85 733 34

2. Ziehung d. 4. Klasse 196. Reg. Preuss. Lotterie. Ziehung am 26. April 1907, Nachmittags. Nur die Gewinner über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt. (Ohne Gewähr.)

(1500) 54 608 28 924 27 100177 (500) 243 542 (3000) 55 522 25 687 779 878 83 110350 59 481 518 898 950 111240 519 66 407 638 781 965 905 43 112139 55 289 726 562 958 114350 549 627 58 728 61 898 114690 100 81 298 810 (500) 115154 530 116019 38 54 (3000) 585 651 98 790 909 117059 (1500) 82 188 439 529 85 685 710 857 900 118441 541 61 915 95 119008 69 97 154 871 802 84 (300) 924 29 35 120 85 102 26 232 489 531 664 711 121319 416 29 35 512 683 756 805 948 122019 148 348 75 439 90 91 828 95 122318 407 521 43 752 864 978 124134 51 236 425 29 49 723 94 987 125059 148 214 15 454 64 503 772 29 49 723 94 987 126348 42 29 690 81 855 78 902 (300) 127019 174 202 83 69 248 479 540 91 751 926 128058 496 687 756 819 947 129107 76 882 457 511 94 612 816 36 71 (300) 130337 174 90 255 69 304 45 829 47 121018 33 (300) 166 251 72 384 470 98 780 95 841 912 122068 122 41 88 (500) 304 (1500) 55 62 554 660 65 813 45 935 133477 156 377 548 73 665 816 124050 (500) 101 18 296 814 22 98 422 560 63 85 823 1255010 68 427 49 549 (1500) 693 747 71 1260056 48 185 230 361 500 47 649 68 750 676 961 (1500) 85 127310 408 97 515 634 (300) 128318 80 95 499 (1500) 524 59 (300) 129132 51 233 65 376 539 670 788 840 900 78 140064 240 457 555 633 52 774 91 65 141084 108 9 11 259 69 381 38 415 663 920 142311 41 72 (3000) 447 563 787 143035 159 267 371 90 (300) 535 831 709 300 76 144099 316 607 798 (1500) 619 98 145158 92 232 96 303 76 543 (3000) 65 85 799 998 (500) 146028 23 63 174 203 380 148000 65 590 (500) 692 902 26 147199 155 65 248 55 86 399 471 651 76 999 149001 170 (300) 251 71 401 689 70 899 150015 51 157 297 400 20 50 509 958 151028 83 304 29 437 727 851 (1500) 76 84 954 152149 373 503 204 29 453 225 32 377 438 79 514 821 51 154074 (300) 125 281 310 23 28 89 598 987 155264 455 384 682 728 156083 700 29 935 62 71 157041 50 104 99 835 55 158035 308 499 601 (1500) 89 716 868 958 59 93 (500) 159214 46 68 414 784 817 50 915 160122 423 287 636 738 851 933 35 161157 236 87 301 800 162088 75 115 81 67 219 541 650 (300) 848 957 163380 509 80 731 48 164198 297 545 760 71 886 165092 311 607 800 89 941 166200 400 58 542 702 41 167025 48 99 217 29 73 461 600 (300) 754 814 969 168087 347 69 999 700 317 86 966 169117 446 899 49 170499 566 610 86 (500) 745 48 81 886 171014 63 170776 415 835 239 58 311 922 172055 514 233 59 605 716 921 172860 118 263 371 509 84 735 174077 307 374 547 627 (3000) 38 175008 146 286 344 (300) 51 445 318 41 883 915 69 75 176039 90 123 82 301 520 711 177010 209 99 431 670 719 82 990 178070 418 34 28 97 315 445 607 730 897 927 179109 87 203 14 17 32 48 50 (300) 638 701 12 83 878 180172 (300) 276 80 (1500) 380 654 798 884 37 181013 37 453 337 39 671 912 14 49 62 66 182804 138 247 319 29 71 551 69 614 97 790 906 20 968 184438 504 29 736 45 (300) 184198 (1500) 245 76 31 811 67 78 301 686 792 874 185005 36 115 92 282 551 55 619 835 956 80 186055 111 65 237 (5000) 87 283 745 921 (500) 69 99 187045 113 82 445 586 89 760 815 18 88 188048 33 159 (1500) 233 400 18 87 337 61 739 935 189104 73 239 53 87 801 25 541 614 745 (1500) 65 (3000) 82 803 91 189915 210 36 466 510 24 679 181015 147 205 37 84 94 377 414 80 76 455 56 621 66 780 968 180196 425 511 60 32 811 14 (300) 10 87 (3000) 90 (500) 742 45 189204 175 83 (1500) 287 88 389 510 43 706 58 821 190410 177 296 414 704 85 814 30 87 88 945 192429 36 563 745 56 71 (3000) 192055 476 529 844 (300) 384 192716 360 81 454 527 64 795 831 954 56 192805 544 600 19 81 970 193086 135 222 65 664 (3000) 728 808 85 193000 175 384 408 38 70 525 852 201016 79 122 204 58 998 404 522 (3000) 614 72 725 29 48 52 952 59 73 202022 175 80 345 635 880 203004 330 529 764 986 73 203069 274 250 523 798 (300) 92 26 203045 771 221 449 (1500) 579 (1500) 728 (500) 347 807 957 64 203625 405 75 65 160 813 (500) 308 307098 402 30 878 711 728 808 85 204000 175 384 408 38 70 525 852 201016 79 122 204 58 998 404 522 (3000) 614 72 725 29 48 52 952 59 73 202022 175 80 345 635 880 203004 330 529 764 986 73 203069 274 250 523 798 (300) 92 26 203045 771 221 449 (1500) 579 (1500) 728 (500) 347 807 957 64 203625 405 75 65 160 813 (500) 308 307098 402 30 878 711 728 808 85 204000 175 384 408 38 70 525 852 201016 79 122 204 58 998 404 522 (3000) 614 72 725 29 48 52 952 59 73 202022 175 80 345 635 880 203004 330 529 764 986 73 203069 274 250 523 798 (300) 92 26 203045 771 221 449 (1500) 579 (1500) 728 (500) 347 807 957 64 203625 405 75 65 160 813 (500) 308 307098 402 30 878 711 728 808 85 204000 175 384 408 38 70 525 852 201016 79 122 204 58 998 404 522 (3000) 614 72 725 29 48 52 952 59 73 202022 175 80 345 635 880 203004 330 529 764 986 73 203069 274 250 523 798 (300) 92 26 203045 771 221 449 (1500) 579 (1500) 728 (500) 347 807 957 64 203625 405 75 65 160 813 (500) 308 307098 402 30 878 711 728 808 85 204000 175 384 408 38 70 525 852 201016 79 122 204 58 998 404 522 (3000) 614 72 725 29 48 52 952 59 73 202022 175 80 345 635 880 203004 330 529 764 986 73 203069 274 250 523 798 (300) 92 26 203045 771 221 449 (1500) 579 (1500) 728 (500) 347 807 957 64 203625 405 75 65 160 813 (500) 308 307098 402 30 878 711 728 808 85 204000 175 384 408 38 70 525 852 201016 79 122 204 58 998 404 522 (3000) 614 72 725 29 48 52 952 59 73 202022 175 80 345 635 880 203004 330 529 764 986 73 203069 274 250 523 798 (300) 92 26 203045 771 221 449 (1500) 579 (1500) 728 (500) 347 807 957 64 203625 405 75 65 160 813 (500) 308 307098 402 30 878 711 728 808 85 204000 175 384 408 38 70 525 852 201016 79 122 204 58 998 404 522 (3000) 614 72 725 29 48 52 952 59 73 202022 175 80 345 635 880 203004 330 529 764 986 73 203069 274 250 523 798 (300) 92 26 203045 771 221 449 (1500) 579 (1500) 728 (500) 347 807 957 64 203625 405 75 65 160 813 (500) 308 307098 402 30 878 711 728 808 85 204000 175 384 408 38 70 525 852 201016 79 122 204 58 998 404 522 (3000) 614 72 725 29 48 52 952 59 73 202022 175 80 345 635 880 203004 330 529 764 986 73 203069 274 250 523 798 (300) 92 26 203045 771 221 449 (1500) 579 (1500) 728 (500) 347 807 957 64 203625 405 75 65 160 813 (500) 308 307098 402 30 878 711 728 808 85 204000 175 384 408 38 70 525 852 201016 79 122 204 58 998 404 522 (3000) 614 72 725 29 48 52 952 59 73 202022 175 80 345 635 880 203004 330 529 764 986 73 203069 274 250 523 798 (300) 92 26 203045 771 221 449 (1500) 579 (1500) 728 (500) 347 807 957 64 203625 405 75 65 160 813 (500) 308 307098 402 30 878 711 728 808 85 204000 175 384 408 38 70 525 852 201016 79 122 204 58 998 404 522 (3000) 614 72 725 29 48 52 952 59 73 202022 175 80 345 635 880 203004 330 529 764 986 73 203069 274 250 523 798 (300) 92 26 203045 771 221 449 (1500) 579 (1500) 728 (500) 347 807 957 64 203625 405 75 65 160 813 (500) 308 307098 402 30 878 711 728 808 85 204000 175 384 408 38 70 525 852 201016 79 122 204 58 998 404 522 (3000) 614 72 725 29 48 52 952 59 73 202022 175 80 345 635 880 203004 330 529 764 986 73 203069 274 250 523 798 (300) 92 26 203045 771 221 449 (1500) 579 (1500) 728 (500) 347 807 957 64 203625 405 75 65 160 813 (500) 308 307098 402 30 878 711 728 808 85 204000 175 384 408 38 70 525 852 201016 79 122 204 58 998 404 522 (3000) 614 72 725 29 48 52 952 59 73 202022 175 80 345 635 880 203004 330 529 764 986 73 203069 274 250 523 798 (300) 92 26 203045 771 221 449 (1500) 579 (1500) 728 (500) 347 807 957 64 203625 405 75 65 160 813 (500) 308 307098 402 30 878 711 728 808 85 204000 175 384 408 38 70 525 852 201016 79 122 204 58 998 404 522 (3000) 614 72 725 29 48 52 952 59 73 202022 175 80 345 635 880 203004 330 529 764 986 73 203069 274 250 523 798 (300) 92 26 203045 771 221 449 (1500) 579 (1500) 728 (500) 347 807 957 64 203625 405 75 65 160 813 (500) 308 307098 402 30 878 711 728 808 85 204000 175 384 408 38 70 525 852 201016 79 122 204 58 998 404 522 (3000) 614 72 725 29 48 52 952 59 73 202022 175 80 345 635 880 203004 330 529 764 986 73 203069 274 250 523 798 (300) 92 26 203045 771 221 449 (1500) 579 (1500) 728 (500) 347 807 957 64 203625 405 75 65 160 813 (500) 308 307098 402 30 878 711 728 808 85 204000 175 384 408 38 70 525 852 201016 79 122 204 58 998 404 522 (3000) 614 72 725 29 48 52 952 59 73 202022 175 80 345 635 880 203004 330 529 764 986 73 203069 274 250 523 798 (300) 92 26 203045 771 221 449 (1500) 579 (1500) 728 (500) 347 807 957 64 203625 405 75 65 160 813 (500) 308 307098 402 30 878 711 728 808 85 204000 175 384 408 38 70 525 852 201016 79 122 204 58 998 404 522 (3000) 614 72 725 29 48 52 952 59 73 202022 175 80 345 635 880 203004 330 529 764 986 73 203069 274 250 523 798 (300) 92 26 203045 771 221 449 (1500) 579 (1500) 728 (500) 347 807 957 64 203625 405 75 65 160 813 (500) 308 307098 402 30 878 711 728 808 85 204000 175 384 408 38 70 525 852 201016 79 122 204 58 998 404 522 (3000) 614 72 725 29 48 52 952 59 73 202022 175 80 345 635 880 203004 330 529 764 986 73 203069 274 250 523 798 (300) 92 26 203045 771 221 449 (1500) 579 (1500) 728 (500) 347 807 957 64 203625 405 75 65 160 813 (500) 308 307098 402 30 878 711 728 808 85 204000 175 384 408 38 70 525 852 201016 79 122 204 58 998 404 522 (3000) 614 72 725 29 48 52 952 59 73 202022 175 80 345 635 880 203004 330 529 764 986 73 203069 274 250 523 798 (300) 92 26 203045 771 221 449 (1500) 579 (1500) 728 (500) 347 807 957 64 203625 405 75 65 160 813 (500) 308 307098 402 30 878 711 728 808 85 204000 175 384 408 38 70 525 852 201016 79 122 204 58 998 404 522 (3000) 614 72 725 29 48 52 952 59 73 202022 175 80 345 635 880 203004 330 529 764 986 73 203069 274 250 523 798 (300) 92 26 203045 771 221 449 (1500) 579 (1500) 728 (500) 347 807 957 64 203625 405 75 65 160 813 (500) 308 307098 402 30 878 711 728 808 85 204000 175 384 408 38 70 525 852 201016 79 122 204 58 998 404 522 (3000) 614 72 725 29 48 52 952 59 73 202022 175 80 345 635 880 203004 330 529 764 986 73 203069 274 250 523 798 (300) 92 26 203045 771 221 449 (1500) 579 (1500) 728 (500) 347 807 957 64 203625 405 75 65 160 813 (500) 308 307098 402 30 878 711 728 808 85 204000 175 384 408 38 70 525 852 201016 79 122 204 58 998 404 522 (3000) 614 72 725 29 48 52 952 59 73 202022 175 80 345 635 880 203004 330 529 764 986 73 203069 274 250 523 798 (300) 92 26 203045 771 221 449 (1500) 579 (1500) 728 (500) 347 807 957 64 203625 405 75 65 160 813 (500) 308 307098 402 30 878 711 728 808 85 204000 175 384 408 38 70 5